



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Jahresabschluss der IHK Kassel- Marburg zum 31. Dezember 2016

Der Jahresabschluss ist von der unabhängigen Rechnungsprüfungsstelle für Industrie- und Handelskammern geprüft worden.

Die Rechnungsprüfungsstelle hat der Buchführung des Geschäftsjahres 2016, dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 nebst Anhang sowie dem Lagebericht und der Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2016 der IHK Kassel-Marburg den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Vollversammlung der IHK hat in ihrer Sitzung am 20. Juni 2017 den Jahresabschluss festgestellt. Präsidium, Präsident und Hauptgeschäftsführerin wurde die Entlastung erteilt.



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2016

der

IHK Kassel-Marburg

Bilanz

der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2016

A K T I V A		31.12.2016	31.12.2015
		Euro	Euro
A.	<u>Anlagevermögen</u>		
I.	<u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
	1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	0,00
	2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	62.615,00	82.775,60
	3. Geleistete Anzahlungen	0,00	11.995,20
		62.615,00	94.770,80
II.	<u>Sachanlagen</u>		
	1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.409.433,25	7.524.315,25
	2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	264.957,00	246.986,00
	3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00
		7.674.390,25	7.771.301,25
III.	<u>Finanzanlagen</u>		
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
	3. Beteiligungen	215.984,81	215.984,81
	4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.491,39	31.491,39
	5. Wertpapiere und Festgelder des Anlagevermögens	12.049.670,53	13.509.468,58
	6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	0,00	0,00
		12.297.146,73	13.756.944,78
B.	<u>Umlaufvermögen</u>		
I.	<u>Vorräte</u>		
	1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	114.183,77	129.882,19
	2. Unfertige Leistungen	979.682,94	1.044.981,68
	3. Fertige Leistungen	0,00	0,00
	4. Geleistete Anzahlungen	8.951,35	8.490,05
		1.102.818,06	1.183.353,92
II.	<u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
	1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	625.993,42	879.421,20
	2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00
	3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.856,04	8.254,44
	4. Sonstige Vermögensgegenstände	56.401,05	20.583,79
		699.250,51	908.259,43
III.	<u>Wertpapiere</u>		
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00
		0,00	0,00
IV.	<u>Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</u>	2.782.818,00	1.147.478,10
C.	<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	70.994,66	87.599,24
D.	<u>Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</u>	0,00	0,00
		24.690.033,21	24.949.707,52

PASSIVA		31.12.2016	31.12.2015
		Euro	Euro
A.	<u>Eigenkapital</u>		
	I. Kapitalrücklage	3.155.759,54	3.155.759,54
	II. Ausgleichsrücklage	4.696.853,45	5.307.897,29
	III. Andere Rücklagen	5.273.210,43	4.262.008,83
	IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0,00	0,00
		13.125.823,42	12.725.665,66
B.	<u>Sonderposten</u>		
	I. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00	0,00
C.	<u>Rückstellungen</u>		
	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.844.205,00	8.996.910,00
	2. Steuerrückstellungen	0,00	540.604,00
	3. Sonstige Rückstellungen	1.999.472,20	2.066.698,87
		10.843.677,20	11.604.212,87
D.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	415.724,46	295.951,78
	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	99.415,35	61.977,03
	6. Sonstige Verbindlichkeiten	193.164,53	250.661,19
		708.304,34	608.590,00
E.	<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	12.228,25	11.238,99
		24.690.033,21	24.949.707,52

Jörg Ludwig Jordan
Präsident

Sybille von Obornitz
Hauptgeschäftsführer

Gewinn- und Verlustrechnung 2016 der IHK Kassel-Marburg			
		IST Gj 2016 Euro	IST Gj 2015 Euro
1.	Erträge aus IHK-Beiträgen	10.646.149,30	7.071.578,38
2.	Erträge aus Gebühren	2.544.856,89	2.016.327,87
3.	Erträge aus Entgelten	308.666,41	288.237,45
4.	Bestandsveränderung an fertigen und unfertigen Leistungen	-65.298,74	-7.333,96
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
6.	Sonstige betriebliche Erträge	1.352.430,08	679.442,13
	- davon: Erträge aus Erstattungen	301.857,22	325.487,20
	- davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	82.555,03	42.460,17
	- davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00
	Betriebserträge	14.786.803,94	10.048.251,87
7.	Materialaufwand	-2.202.617,34	-2.071.009,52
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-109.731,18	-107.020,47
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.092.886,16	-1.963.989,05
8.	Personalaufwand	-8.224.253,89	-7.870.937,40
	a) Gehälter	-5.784.203,24	-5.484.141,21
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.440.050,65	-2.386.796,19
9.	Abschreibungen	-242.516,51	-260.844,21
	a) - auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-242.516,51	-260.844,21
	b) - auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.496.594,07	-4.974.655,92
	- davon: Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00
	Betriebsaufwand	-15.165.981,81	-15.177.447,05
	Betriebsergebnis	-379.177,87	-5.129.195,18
11.	Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	77.303,71	148.216,15
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	788.901,45	2.521,12
	- davon: Erträge aus Abzinsung	710.308,00	0,00
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	-9.870,00
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-384.644,75	-475.852,37
	- davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	-384.504,00	-419.815,00
	Finanzergebnis	481.560,41	-334.985,10
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	102.382,54	-5.464.180,28
16.	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
17.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	26.032,50	-45.604,00
19.	Sonstige Steuern	271.742,72	-347.339,13
	20. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	400.157,76	-5.857.123,41
21.	Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
	Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00
22.	Entnahmen aus Rücklagen	1.392.246,90	5.857.123,41
	a) Entnahme aus der Ausgleichsrücklage	611.043,84	1.992.102,71
	b) Entnahme aus der Liquiditätsrücklage	0,00	2.796.124,16
	c) Entnahme aus anderen Rücklagen	781.203,06	1.068.896,54
23.	Einstellungen in Rücklagen	-1.792.404,66	0,00
	a) Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
	b) Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	0,00
	c) Einstellung in andere Rücklagen	-1.792.404,66	0,00
	24. Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)	0,00	0,00

Finanzrechnung 2016 der IHK Kassel-Marburg			
		IST Gj 2016 Euro	IST Gj 2015 Euro
1.	Jahresergebnis vor außerordentlichem Posten	400.157,76	-5.857.123,41
2a.	+/- Abschreibung/Zuschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	232.646,51	270.714,21
2b.	- Erträge Auflösung Sonderposten	0,00	-4.396,34
3a.	+/- Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	-760.535,67	727.085,73
3b.	+/- Bildung/ Auflösung Rechnungsabgrenzungsposten	17.593,84	-61.116,17
4.	-/+ Sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	0,00	0,00
5.	-/+ Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	0,00
6.	+/- Abnahme/ Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	289.544,78	138.930,62
7.	+/- Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	99.714,34	-166.315,22
8.	+/- Ein- und Auszahlungen außerordentlichen Posten	0,00	0,00
9.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	279.121,56	-4.952.220,58
10.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-73.118,12	-61.773,65
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-40.331,59	-44.696,36
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.500.000,00	4.007.243,95
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-30.331,95	-92.145,50
16.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	1.356.218,34	3.808.628,44
17a)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
17b)	+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
18a)	- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
18b)	- Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
19.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00
20.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)	1.635.339,90	-1.143.592,14
21.	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	1.147.478,10	2.291.070,24
22.	= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	2.782.818,00	1.147.478,10

Plan-/Ist-Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2016 der IHK Kassel-Marburg					
		Plan Gj 2016 Euro	IST Gj 2016 Euro	Plan/IST Abweichung Euro	IST Gj 2015 Euro
1.	Erträge aus IHK-Beiträgen	10.623.000,00	10.646.149,30	23.149,30	7.071.578,38
2.	Erträge aus Gebühren	2.509.300,00	2.544.856,89	35.556,89	2.016.327,87
3.	Erträge aus Entgelten	274.800,00	308.666,41	33.866,41	288.237,45
4.	Bestandsveränderung an fertigen und unfertigen Leistungen	0,00	-65.298,74	-65.298,74	-7.333,96
5.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
6.	Sonstige betriebliche Erträge	1.240.500,00	1.352.430,08	111.930,08	679.442,13
	- davon: Erträge aus Erstattungen	287.600,00	301.857,22	14.257,22	325.487,20
	- davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	63.000,00	82.555,03	19.555,03	42.460,17
	- davon: Erträge aus Abführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00	0,00	0,00
	Betriebserträge	14.647.600,00	14.786.803,94	139.203,94	10.048.251,87
7.	Materialaufwand	-2.178.000,00	-2.202.617,34	24.617,34	-2.071.009,52
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-108.600,00	-109.731,18	1.131,18	-107.020,47
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.069.400,00	-2.092.886,16	23.486,16	-1.963.989,05
8.	Personalaufwand	-8.069.400,00	-8.224.253,89	154.853,89	-7.870.937,40
	a) Gehälter	-5.743.550,00	-5.784.203,24	40.653,24	-5.484.141,21
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.325.850,00	-2.440.050,65	114.200,65	-2.386.796,19
9.	Abschreibungen	-249.800,00	-242.516,51	-7.283,49	-260.844,21
	a) - auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-249.800,00	-242.516,51	-7.283,49	-260.844,21
	b) - auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00	0,00	0,00
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.681.800,00	-4.496.594,07	-185.205,93	-4.974.655,92
	- davon: Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne	0,00	0,00	0,00	0,00
	Betriebsaufwand	-15.179.000,00	-15.165.981,81	-13.018,19	-15.177.447,05
	Betriebsergebnis	-531.400,00	-379.177,87	152.222,13	-5.129.195,18
11.	Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	70.000,00	77.303,71	7.303,71	148.216,15
13.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	766.000,00	788.901,45	22.901,45	2.521,12
	- davon: Erträge aus Abzinsung	689.000,00	710.308,00	21.308,00	0,00
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	-9.870,00
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-384.500,00	-384.644,75	144,75	-475.852,37
	- davon: Aufwendungen aus Aufzinsung	-384.500,00	-384.504,00	4,00	-419.815,00
	Finanzergebnis	451.500,00	481.560,41	30.060,41	-334.985,10
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-79.900,00	102.382,54	182.282,54	-5.464.180,28
16.	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
17.	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
18.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	26.000,00	26.032,50	32,50	-45.604,00
19.	Sonstige Steuern	272.600,00	271.742,72	-857,28	-347.339,13
	20. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	218.700,00	400.157,76	181.457,76	-5.857.123,41
21.	Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00	0,00	0,00
	Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
22.	Entnahmen aus Rücklagen	1.612.300,00	1.392.246,90	-220.053,10	5.857.123,41
	a) Entnahme aus der Ausgleichsrücklage	755.300,00	611.043,84	-144.256,16	1.992.102,71
	b) Entnahme aus der Liquiditätsrücklage	0,00	0,00	0,00	2.796.124,16
	c) Entnahme aus anderen Rücklagen	857.000,00	781.203,06	-75.796,94	1.068.896,54
23.	Einstellungen in Rücklagen	-1.831.000,00	-1.792.404,66	38.595,34	0,00
	a) Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
	b) Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00
	c) Einstellung in andere Rücklagen	-1.831.000,00	-1.792.404,66	38.595,34	0,00
	24. Bilanzgewinn (+) / Bilanzverlust (-)	0,00	0,00	0,00	0,00

Plan-/Ist-Vergleich Finanzrechnung 2016 der IHK Kassel-Marburg					
	Plan 2016 Euro	Ist 2016 Euro	Plan / Ist Abweichung Euro	Ist Gj 2015 Euro	
1.	Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	218.700,00	400.157,76	181.457,76	-5.857.123,41
2a.	+/- Abschreibung/Zuschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens	249.800,00	232.646,51	-17.153,49	270.714,21
2b.	- Erträge Auflösung Sonderposten	0,00	0,00	0,00	-4.396,34
3a.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-324.200,00	-760.535,67	-436.335,67	727.085,73
3b.	+/- Bildung/Auflösung Rechnungsabgrenzungsposten	XXX	17.593,84	XXX	-61.116,17
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	XXX	0,00	XXX	0,00
5.	+/- Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	0,00	XXX	0,00
6.	+/- Abnahme/ Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	XXX	289.544,78	XXX	138.930,62
7.	+/- Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	XXX	99.714,34	XXX	-166.315,22
8.	+/- Ein- und Auszahlungen außerordentlicher Posten	XXX	0,00	XXX	0,00
9.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	144.300,00	279.121,56	134.821,56	-4.952.220,58
10.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-76.700,00	-73.118,12	-3.581,88	-61.773,65
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-50.200,00	-40.331,59	-9.868,41	-44.696,36
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.500.000,00	1.500.000,00	0,00	4.007.243,95
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-53.000,00	-30.331,95	-22.668,05	-92.145,50
16.	= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	1.320.100,00	1.356.218,34	36.118,34	3.808.628,44
17a)	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
17b)	+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
18a)	- Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
18b)	- Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
19.	= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
20.	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)	1.464.400,00	1.635.339,90	170.939,90	-1.143.592,14
21.	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	XXX	1.147.478,10	XXX	2.291.070,24
22.	= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	XXX	2.782.818,00	XXX	1.147.478,10

Anhang zum Jahresabschluss der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2016

I. Allgemeine Angaben

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der Industrie- und Handelskammern sind nach § 3 Abs. 7 a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinn- gemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fas- sung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung des staatlichen Haushalts- rechts geregelt.

Die Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg führt ihre Rechnungslegung auf der Grund- lage des durch die Vollversammlung beschlossenen Finanzstatuts sowie den dazu von Präsident und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 256 HGB) unter Berücksichtigung der Auf- gabenstellung und Organisation der Industrie- und Handelskammern und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

II. Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden

Aktiva

A. Anlagevermögen

I. und II. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauer wird mit drei Jahren angesetzt.

Die **Liegenschaften** der IHK wurden im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01. Januar 2007 von einem Sachverständigen begutachtet. Dabei wurden Grundstücke auf der

Grundlage des für die Lage des Bewertungsgrundstücks veröffentlichten amtlichen Bodenrichtwertes und Gebäude mit dem Verkehrswert, der dem gutachterlich ermittelten Sachwert entspricht, bewertet. Die Gebäude werden linear über die in dem Gutachten festgelegte Restnutzungsdauer abgeschrieben. Die selbständigen Gebäudeeinrichtungen werden nicht über die Restnutzungsdauer der Gebäude abgeschrieben, sondern über deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Die **Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Die Nutzungsdauern entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der amtlichen Abschreibungstabellen.

Für selbstständig nutzbare Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens mit Anschaffungskosten von mehr als 150,00 Euro, aber nicht mehr als 1.000,00 Euro zzgl. MwSt. wird im Jahr der Anschaffung ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten wird linear über 5 Jahre abgeschrieben. Die historischen Anschaffungskosten werden nach Ablauf der 5 Jahre durch Buchung als Anlagenabgänge korrigiert.

Die **Kunstgegenstände** werden zu dem durch Sachverständigengutachten ermittelten Wert eingestellt und nicht abgeschrieben.

III. Finanzanlagen

Die **Beteiligungen** sind überwiegend in Höhe des anteiligen Stammkapitals bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Unter den Beteiligungen werden auch solche ausgewiesen, die weniger als 20 % des jeweiligen Stammkapitals umfassen.

Die **Ausleihungen an Unternehmen**, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Die **festverzinslichen Wertpapiere** sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit ihren Anschaffungskosten bzw. ihren niedrigeren beizulegenden Kurswerten bewertet.

Gemäß § 13 der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts können abweichend zu den HGB-Regelungen **Festgelder**, die unabhängig von ihrer Anlagefrist der langfristigen Erzielung von Zinserträgen dienen und nicht für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes erforderlich und bestimmt sind, im Anlagevermögen ausgewiesen werden. Die Festgelder sind mit ihren Nominalwerten angesetzt.

Die Geldanlagen erfolgen in Anwendung des § 23 des Finanzstatuts und der dazu im März 2009 erlassenen und im Oktober 2015 von der Vollversammlung geänderten Richtlinie für Geldanlagen. Diese gilt für alle Finanzanlagen im Anlage- und Umlaufvermögen. Durch die Anwendung der Grundsätze der Richtlinie für Geldanlagen soll die Sicherheit der Anlage Vorrang vor der Rentabilität haben. Die Einhaltung der Vorgaben der Richtlinie für Geldanlagen wird von der Anlagenkommission überwacht. Die Anlagenkommission besteht u.a. aus den Vertretern der Kreditinstitute in der Vollversammlung.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** wurden im Rahmen einer Stichtagsinventur per 31. Dezember 2016 aufgenommen (EDV- und Büromaterial, Prüfungsaufgaben, Bewirtungsvorrat, Geschenke, Vordrucke und Formulare). Sie wurden zu den letzten Einstandspreisen bewertet.

Im Bereich Berufsausbildung werden die Gebühren für die Eintragung und Betreuung eines Ausbildungsverhältnisses zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung erhoben. Für Leistungen, die die IHK vorher erfüllt, z.B. Eintragung des Berufsausbildungsverhältnisses, Betreuung der Ausbildung, Abnahme der Zwischenprüfung, wurde auf der Basis des Verzeichnisses der noch nicht fakturierten Berufsausbildungsgebühren der Bilanzposten „**Unfertige Leistungen**“ gebildet. Die Verteilung der Gebühren erfolgte gleichmäßig auf die einzelnen Ausbildungsmonate.

Geleistete Anzahlungen betreffen die in 2016 für 2017 an die Aufgabenstelle für kaufmännische Zwischen- und Abschlussprüfungen (AKA) und an die Zentralstelle für Prüfungsaufgaben (ZPA) geleisteten Vorauszahlungen.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag.

Die **Forderungen aus IHK-Beiträgen** werden gemäß der vom IHK/DIHK-Arbeitskreis Rechnungswesen/Controlling im Bilanzierungs- und Kontierungsleitfaden definierte Wertberichtigungsansätze ermittelt. Forderungen des Bescheidjahres 2016 werden mit 0 Prozent (HR) bzw. 10 Prozent (KGT), die des Bescheidjahres 2015 mit 70 Prozent (HR) bzw. 90 Prozent (KGT) und die der übrigen Vorjahre werden durchgängig zu 100 Prozent wertberichtigt.

Zur periodengerechten Darstellung der Erträge aus Beiträgen werden die zum Bilanzstichtag nicht beschiedenen Beitragserträge erfolgswirksam erfasst. Die sich hieraus ergebenden Ansprüche bzw. Rückzahlungsverpflichtungen werden als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus der Pro- Forma- Veranlagung im Jahresabschluss 2016 bilanziert.

Für **Forderungen aus Gebühren und Entgelten** wird eine Pauschalwertberichtigung von 2 Prozent gebildet.

Sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert angesetzt.

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die Kassenbestände sowie die Guthaben auf Giro- und Festgeldkonten bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalwerten bilanziert.

C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden die bis zum Bilanzstichtag erfolgten Ausgaben ausgewiesen, soweit sie als Aufwand nach diesem Stichtag zu behandeln sind.

Passiva

A. Eigenkapital

I. Kapitalrücklage

Der Wert der Kapitalrücklage ergab sich beim Übergang auf die kaufmännische Rechnungslegung nach den Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz als Saldogröße aus Vermögen und Schulden unter Berücksichtigung von Rücklagen. Um die Kapitalstruktur gemäß der „goldenen Bilanzregel“ langfristig zu stärken, wurde die Kapitalrücklage im Jahr 2011 aufgestockt. Zum 31. Dezember 2016 ist die Kapitalrücklage mit 42,3 % des langfristigen Sachanlagevermögens dotiert.

II. Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage ist mit 30,8 % (31.12.2015: 33,4 %) der im Wirtschaftsplan 2016 geplanten Aufwendungen (€ 15.264.900) dotiert. Sie dient dem Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen. Sie kann gemäß § 15a Abs. 2 Finanzstatut bis zu 50 % des Wertes der geplanten Aufwendungen betragen. Strukturbedingt können Schwankungen größeren Umfangs in erster Linie bei den Beitragseinnahmen entstehen. Dabei können Schwankungen aufgrund der zeitlichen und volumenmäßigen Ungewissheit der Abrechnungen vor allem bei der vorläufigen Veranlagung, Ausfall großer Beitragszahler oder durch Konjunkturkrisen verursacht werden. Weiterhin können sich ergebniswirksame Schwankungen beispielsweise durch aufwandsbedingte Risiken unter anderem aus dem deutlich sinkenden Rechnungszins für die Diskontierung der Pensionsrückstellungen ergeben. Diese Schwankungen sind durch Zuführungen in bzw. Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Um der Angemessenheit der Rücklagenhöhe Rechnung zu tragen, ist jährlich eine detaillierte Risikoprognose zu erstellen (Anlage 1-6.2).

III. Andere Rücklagen

Daneben bestehen zweckgebundene Rücklagen zur Finanzierung für die Absicherung von Bürgschaften, für den Erwerb einer Immobilie, für die Instandhaltung und Modernisierung der Gebäude Kurfürstenstraße 9 und Gobietstraße 13 in Kassel, zur Finanzierung der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung und zur Finanzierung zukünftiger IHK-Projekte, wie z.B. Wirtschaft DIGITAL und der Integration von Flüchtlingen in Praktikum und Ausbildung.

Weiterhin sind zum 31. Dezember 2016 zwei zweckgebundene Rücklagen neu gebildet worden. Zum einen zur Finanzierung für die Umsetzung/Einführung der Digitalisierung der internen Prozesse in der IHK und zum anderen für den sich aus der Änderung der Zinsbindungsdauer von 7 auf 10 Jahre bei der Abzinsung der Pensionsverpflichtungen ergebenden Unterschiedsbetrag in Anlehnung der handelsrechtlichen Ausschüttungssperre gem. § 253 Abs. 6 Satz 3 HGB.

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden versicherungsmathematisch unter Zugrundlegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G) nach dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentenstei-

gerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Die jährlichen Anpassungen beziffern sich bei den Entgelten auf 2,2 % (31.12.2015: 2,2 %) und bei den Renten auf 1,2 % (31.12.2015: 1,2%).

Der zum 31. Dezember 2016 zugrunde gelegte Rechnungszins für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen beläuft sich auf 4,01 % (31.12.2015: 3,89 %); es handelt sich um den von der Deutschen Bundesbank für Dezember 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre (31.12.2015: sieben Geschäftsjahre) für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Der Unterschiedsbetrag, der sich nach § 253 Abs. 6 HGB zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach dem 7-jährigen und dem 10-jährigen Rechnungszins zum 31. Dezember 2016 ergibt, beträgt 710.308 €.

2. Steuerrückstellungen

In der Vergangenheit hat das Finanzamt im Zusammenhang mit der Erstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ hinsichtlich der Übertragung des Rechts auf Anzeigenverwaltung an den Verlag einen steuerpflichtigen Betrieb gewerblicher Art angenommen. Für die drohende Festsetzung von Umsatz-, Gewerbe-, und Körperschaftsteuer sind in den vergangenen Jahren aufgrund einer Prognoseberechnung einer Steuerberatungsgesellschaft Rückstellungen gebildet worden. Ende 2016 hat das Finanzamt eine zu Gunsten der IHK ausfallende Entscheidung getroffen und ihre Auffassung eines steuerpflichtigen Betriebs gewerblicher Art revidiert. Die in den vergangenen Jahren gebildeten Steuerrückstellungen sind zum 31. Dezember 2016 ertragswirksam aufgelöst worden.

3. Sonstige Rückstellungen

Für ungewisse Verbindlichkeiten werden Rückstellungen in Höhe des Betrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtungen notwendig ist (§ 253 Abs. 1 Satz 2 HGB). Sie berücksichtigen neben allen erkennbaren Risiken auch künftige Preis- und Kostensteigerungen. Sie enthalten im Wesentlichen Vorsorge für Risiken und Verpflichtungen für Personal-/Personalnebenkosten (Beihilfen, Altersteilzeit, Resturlaub, Überstunden, Sonderzuwendungen), für ausstehende Rechnungen, Prüferentschädigungen und Rechts- und Beratungskosten sowie für Jahresabschlussarbeiten.

Die Beihilfeverpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den im Dezember 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 3,24 % (31.12.2015: 3,89 %). Weiterhin wurden bei der

Ermittlung der Beihilferückstellung Kostensteigerungen von jährlich 1,2 % unterstellt. Die Beihilferückstellungen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck berechnet.

Die Altersteilzeitverpflichtung wird mit einem zur Restlaufzeit des Altersteilzeitvertrags fristenadäquaten Marktzins gem. § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Dieser beträgt zum 31. Dezember 2016 für eine 1-jährige Restlaufzeit 1,59 % (31.12.2015: Zinssatz für eine 2-jährige Restlaufzeit 2,16 %). Weiterhin wurde bei der Ermittlung der Altersteilzeitrückstellung eine jährliche Gehaltssteigerung von unverändert 2,0 % unterstellt.

Die Rückstellungen für Sonderzuwendungen (Arbeitsjubiläen, besondere Geburtstage, Renteneintritt) werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den im Dezember 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 3,24 % (31.12.2015 3,89 %). Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurden Gehaltssteigerungen von jährlich durchschnittlich 2,1 % (31.12.2015 2,1 %) unterstellt. Die Rückstellungen für Sonderzuwendungen werden nach der PUC-Methode (Projected Unit Credit Method) unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck berechnet.

Die Rückstellungen für Überstunden und Resturlaub werden – bezogen auf die Berechnungsbasis pro Arbeitstag bzw. -stunde – auf Grundlage der individuellen Werte für jeden Beschäftigten berechnet und setzen sich aus einem Gehaltsanteil und dem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zusammen.

Bei der Berechnung der Dokumentationsverpflichtungen gem. § 249 HGB für Aufbewahrungsfristen gem. §§ 257 HGB, 147 AO wird von einer Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren ausgegangen. Der abgezinsten Erfüllungsbetrag ergibt sich unter Rückgriff auf den Zinssatz für das jeweilige Jahr gem. § 253 Abs. 2 HGB und einer jährlichen 2 %-igen Kostensteigerung.

D. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Verbindlichkeiten stellen Verpflichtungen aus gegenüber der IHK erfüllten Verträgen dar, bei denen die Zahlung für die empfangene Lieferung oder Leistung von der IHK noch nicht erbracht wurde. Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Stichtag der Bilanz ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

A. Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung der in der Bilanz ausgewiesenen Anlagepositionen sind im Anlagenspiegel (Anlage 1-6.1) dargestellt.

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen überwiegend entgeltlich erworbene Softwarelizenzen. Diese sind mit dem Restbuchwert zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 62.615,00 € (VJ 82.775,60 €) bewertet.

Die Zugänge im Geschäftsjahr 2016 betragen 40.331,59 € und betreffen zum einen die Erweiterung der Individualsoftware des Dokumentenmanagementsystem im Bereich „Handelsregister Akte“ in Höhe von 33.819,80 € und zum anderen Softwarelizenzen für den zentralen Datenbankserver (14.907,97 €) und Nachlizensierung von Zugriffsrechten auf den Windows-Server (2.307,79 €).

Die im Rahmen der IHK Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung für ein Berufswahlbüro angeschafften Softwareanwenderlizenzen sind im Zuge der Übergabe des Berufswahlbüros an die Schule in dessen Eigentum übergegangen und zum 31. Dezember 2016 mit historischen Anschaffungskosten in Höhe von 657,00 € als Anlagenabgänge gebucht worden. Die Vermögensgegenstände sind zum Zeitpunkt des Anlagenabgangs voll abgeschrieben.

2. Geleistete Anzahlungen

In 2015 konnte die Erweiterung der Individualsoftware „Dokumentenmanagementsystem“ nicht fertiggestellt werden. Die Einführung erfolgte Ende April 2016. Die zum 31. Dezember 2015 als geleistete Anzahlungen aktivierten erbrachten Leistungen in Höhe von 11.995,20 € wurden auf entgeltlich erworbene Lizenzen umgebucht.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Es ergeben sich folgende Restbuchwerte:

- Grundstück und Gebäude Kurfürstenstraße 9 5.485.916,00 € (VJ 5.576.063,00 €)
- Grundstück und Gebäude Gobietstraße 13
(inkl. Wohnhaus) 1.923.517,25 € (VJ 1.948.252,25 €)

Die Restnutzungsdauer der einzelnen Gebäude zum 31. Dezember 2016 beträgt zwischen 23 und 68 Jahre.

Die Zugänge im Geschäftsjahr 2016 betragen 15.074,13 € 6.935,21 € sind für die Anschaffung einer elektronischen Schließanlage für die Außentüren des Gebäudes der Gobietstraße 13 angefallen. Im Gebäude der Kurfürstenstraße 9 sind 6.949,39 € für die Klimatisierung von Büroräumen und 1.189,53 € für die Nachrüstung von Jalousien als Sonnenschutz ausgegeben worden.

2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Es ergeben sich folgende Restbuchwerte:

- Kunstgegenstände 128.380,00 € (VJ 128.380,00 €)
- Büromaschinen, Organisationsmittel, EDV-Hardware 4.879,00 € (VJ 5.851,00 €)
- Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung 39.314,00 € (VJ 32.808,00 €)
- Sonstige Anlagen, Maschinen und Geräte 2.741,00 € (VJ 2.994,00 €)
- GWG Sammelposten 2008 0,00 € (VJ 40,00 €)
- GWG Sammelposten 2009 0,00 € (VJ 55,00 €)
- GWG Sammelposten 2010 0,00 € (VJ 58,00 €)

• GWG Sammelposten 2011	0,00 €	(VJ 144,00 €)
• GWG Sammelposten 2012	0,00 €	(VJ 9.393,00 €)
• GWG Sammelposten 2013	6.502,00 €	(VJ 11.953,00 €)
• GWG Sammelposten 2014	2.448,00 €	(VJ 4.287,00 €)
• GWG Sammelposten 2015	39.619,00 €	(VJ 51.023,00 €)
• GWG Sammelposten 2016	41.074,00 €	(VJ 0,00 €)

Die Zugänge in Höhe von 58.043,99 € betreffen zum einen den Austausch und die Neuanschaffung von Büroausstattungen und -einrichtungen (23.978,83 €) und zum anderen sind für die Neu möblierung der in 2015 modernisierten Seminarräume im Gebäude der Gobietstraße 13 25.917,01 € ausgegeben worden. Weiterhin ist eine Ersatzbeschaffung für eine defekte Frankiermaschine in Höhe von 2.606,11 € getätigt worden. Im Rahmen der bis 31. Dezember 2017 verlängerten IHK Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung ist ein Berufswahlbüro einer im Werra- Meissner- Kreis liegenden Schule in Höhe von 2.590,53 € ausgestattet worden.

Zum 31. Dezember 2016 sind nicht mehr genutzte und veraltete Büroausstattungen mit historischen Anschaffungskosten in Höhe von 7.181,67 € als Anlagenabgänge gebucht worden. Weiterhin sind die im Rahmen der IHK Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung für die Berufswahlbüros angeschafften Vermögensgegenstände im Zuge der Übergabe der Berufswahlbüros an die Schulen zum 31. Dezember 2016 mit historischen Anschaffungskosten in Höhe von 62.964,91 € als Anlagenabgänge gebucht worden. Weiterhin sind die historischen Anschaffungskosten der Sammelposten für geringwertige Wirtschaftsgüter der Jahre 2008 bis 2012 durch Vollabschreibung mit 93.106,20 € korrigiert worden. Alle Vermögensgegenstände sind zum Zeitpunkt des Anlagenabgangs voll abgeschrieben.

Die Restnutzungsdauern der einzelnen Vermögensgegenstände zum 31.12.2016 betragen zwischen 1 und 13 Jahren.

III. Finanzanlagen

3. Beteiligungen

Von der Bewertung der Beteiligungen in Höhe des anteiligen Stammkapitals wird in zwei Fällen abgewichen.

Die Beteiligung an der BZ Bildungszentrum Kassel GmbH (BZ Kassel GmbH), an der die IHK seit 2007 (HR-Anmeldung vom 07. September 2007, Gesellschafteranteils- und Abtretungsurkunde

vom 02. August 2007) einen Stammkapitalanteil von 60.000 € hält, ist unverändert mit einem Erinnerungswert von 1 € (VJ 1 €) angesetzt.

Bis 2011 wies die BZ Kassel GmbH in ihren Jahresabschlüssen ein negatives Eigenkapital auf, weshalb die Beteiligung mit einem Erinnerungswert von 1 € angesetzt ist. Im Geschäftsjahr 2012 hat die Gesellschafterin BBZ Berufsbildungszentrum Marburg gGmbH (BBZ Marburg gGmbH) auf die Rückzahlung eines im Jahr 2008 zur Verfügung gestellten Darlehens in Höhe von 500 T€ in Form eines Ertragszuschusses verzichtet. Dadurch konnte erstmals zum 31. Dezember 2012 ein positives Eigenkapital ausgewiesen werden. Auch im Geschäftsjahr 2013 konnte durch den weiteren Rückzahlungsverzicht eines von der Gesellschafterin BBZ Marburg gGmbH zur Verfügung gestellten Darlehens und aufgrund eines Mitte 2015 endenden Sondervertrages eines Qualifizierungsprojekts erzielten Erlössteigerung eine weitere positive Entwicklung des Eigenkapitals verzeichnet werden. Der Geschäftsverlauf für das Kalenderjahr 2016 entwickelt sich aber nicht planmäßig und wird voraussichtlich anstatt mit einem geplanten Jahresüberschuss in Höhe von 60 T€ mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 116 T€ abschließen. Von einer Wertaufholung nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde zum 31. Dezember 2016 abgesehen, da die positive Entwicklung des Eigenkapitals der BZ Kassel GmbH überwiegend auf Sondereffekte zurückzuführen ist. Sofern sich die Ertrags- und Vermögenslage der BZ Kassel GmbH in den folgenden Jahren stabilisiert, wird die Wertaufholung in Form einer Zuschreibung im Jahresabschluss der IHK realisiert.

Im Falle der Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH (FIDT GmbH), an der die IHK einen Stammkapitalanteil von 11.000 € hält, sind auch die in den Jahren 2001 bis 2004 gezahlten Kapitaleinlagen von insgesamt 64.763,64 € aktiviert. Bei einer späteren Rückzahlung der Gesellschafteranteile oder einer eventuellen Liquidation stehen gemäß Gesellschafterbeschluss vom 26. April 2000 den Gesellschaftern, die die Einlagen geleistet haben, unabhängig vom jeweiligen Beteiligungsverhältnis in der Gesellschaft, die Kapitaleinlagen zu, die sie geleistet haben.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH hat mit der Gesellschafterversammlung am 29. September 2016 die Aufnahme der Gemeinde Weißenborn als neuen Gesellschafter beschlossen. Das Stammkapital erhöht sich bedingt durch den Gesellschafterzugang von 53.820 € auf 54.340 €. Die Handelsregistereintragung erfolgte am 02. Dezember 2016. Dadurch ergibt sich eine leichte Verschiebung der prozentualen Gesellschafteranteile. Der Anteil der IHK am Stammkapital verändert sich geringfügig von 19,32 % auf 19,14 %.

Beteiligungsübersicht:

- BBZ Berufsbildungszentrum Marburg gGmbH, Marburg 13.000,00 € / 33,33 % (VJ 13.000,00 €)
- BZ Berufsbildungszentrum Kassel GmbH, Kassel 1,00 € / 10,00 % (VJ 1,00 €)
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Frankfurt 39.550,98 € / 1,65 % (VJ 39.550,98 €)
- FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH, Kassel 75.763,64 € / 19,82 % (VJ 75.763,64 €)
- IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Dortmund 9.450,00 € / 0,95 % (VJ 9.450,00 €)
- MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt 29.722,19 € / 2,82 % (VJ 29.722,19 €)
- Regionalmanagement Mittelhessen GmbH, Gießen 2.027,00 € / 8,11 % (VJ 2.027,00 €)
- Regionalmanagement Nordhessen GmbH, Kassel 15.000,00 € / 30,00 % (VJ 15.000,00 €)
- Uni Kassel International Management School KIMS GmbH, Kassel 2.400,00 € / 9,60 % (VJ 2.400,00 €)
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg mbH, Bad Hersfeld 10.250,00 € / 16,02 % (VJ 10.250,00 €)
- Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH, Kassel 7.420,00 € / 10,29 % (VJ 7.420,00 €)
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH, Eschwege 10.400,00 € / 19,14 % (VJ 10.400,00 / 19,32 %)
- Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement Waldeck-Frankenberg GmbH, Frankenberg 1.000,00 € / 2,00 % (VJ 1.000,00 €)

4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Ausleihungen zum 31. Dezember 2016 betreffen ein Darlehen an die MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH mit 31.491,39 €, Zinssatz 5 % p.a. (VJ 31.491,39 €). Das an die MBG H mbH gewährte Darlehen läuft bis zum 30. Dezember 2022.

5. Wertpapiere und Festgelder des Anlagevermögens

Hierunter sind festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 2.000.000,00 € (VJ 990.130,00 €) ausgewiesen. Sie dienen anteilig der finanziellen Unterlegung der Ausgleichsrücklage und gliedern sich wie folgt auf:

Bei dem Wertpapier "0,2 % DekaBank Deutsche Girozentrale 15(20)" (Rating zum Zeitpunkt des Kaufes (14. Dezember 2015) – „S&P“: A und zum 31. Dezember 2016 – „S&P“: A) handelt es sich um eine außerbörslich notierten Stufenzinsanleihe mit einer Laufzeit bis 16. November 2020. Die Verzinsung beträgt im ersten Jahr 0,2 % und steigt im letzten Jahr auf 0,75 %. Die mittlere

Rendite beträgt jährlich 0,402%. Die Rückzahlung erfolgt zur Endfälligkeit zum Nennbetrag. Der Nennbetrag beträgt 1.000.000,00 €. Zum 31. Dezember 2016 liegt der Kurswert bei 1.002.600,00 € (31.12.2015: 990.130,00 €). Das Wertpapier ist zum Bilanzstichtag aufgrund des Anschaffungswertprinzips nach § 253 Abs. 1 HGB mit den Anschaffungskosten als Wertobergrenze mit 1.000.000,00 € bewertet. Zum 31. Dezember 2016 erfolgt eine Zuschreibung in Höhe von 9.870,00 €

Bei dem Wertpapier "0,4 % Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale CARRARA 01B/2016 16(20)" (Rating zum Zeitpunkt des Kaufes (01. Januar 2016) – „S&P“: A und zum 31. Dezember 2016 – „S&P“: A) handelt es sich um eine außerbörslich notierten Stufenzinsanleihe mit einer Laufzeit bis 06. Oktober 2020. Die Verzinsung beträgt 0,4 % p.a. Die Rückzahlung erfolgt zur Endfälligkeit zum Nennbetrag. Der Nennbetrag beträgt 1.000.000,00 €. Zum 31. Dezember 2016 liegt der Kurswert bei 1.002.600,00 €. Das Wertpapier ist zum Bilanzstichtag aufgrund des Anschaffungswertprinzips nach § 253 Abs. 1 HGB mit den Anschaffungskosten als Wertobergrenze mit 1.000.000,00 € bewertet.

Bei dem Wertpapier "Kaupthing Bank HF.NT.V.05 27.M/J/S/D" (Rating zum Zeitpunkt des Kaufes – „Moody´s“: A1) handelt es sich um eine sog. Tier 1- bzw. nachrangige Anleihe. Nachdem die Bank 2008 in eine finanzielle Schieflage geraten ist, stellte der isländische Einlagensicherungsfonds am 31. Oktober 2008 die Zahlungsunfähigkeit fest. Die Anleihe der Kaupthing Bank wurde zum 31. Dezember 2008 auf einen Wert von 0,00 € abgeschrieben. Trotz der geringen Wahrscheinlichkeit einer Rückzahlung wurde in 2009 bei dem Kaupthing Winding Up Committee (Insolvenzverwalter) der Nennbetrag nebst entgangenen Zinsen als Forderung angemeldet. In 2010 wurden die angemeldeten Ansprüche von dem Kaupthing Winding Up Committee als unsichere Forderung mit nachrangiger Zahlungsverpflichtung eingruppiert bzw. festgestellt. Die endgültige Abwicklung des Liquidationsverfahrens durch das Kaupthing Winding Up Committee erfolgte im Februar 2016. Die bis dahin im Depotbestand geführten Wertpapiere sind von der Depotbank ersatzlos ausgebucht, da mit keinen Zahlungen mehr zu rechnen ist.

Weiterhin weist das Finanzanlagevermögen 2 Sparkassenbriefe zum Nennbetrag von jeweils 1.000.000,00 € mit einer Laufzeit bis 07. Oktober 2019 bzw. 30. September 2020 auf. Die Verzinsung beträgt 0,01 % bzw. 0,03 %.

Die Festgelder des Anlagevermögens (10.049.670,53 €, VJ 12.519.338,58 €) dienen vorrangig der finanziellen Unterlegung der Ausgleichsrücklage sowie der anderen Rücklagen. Die Festgelder und die Zuwachssparkonten sind gemäß der Richtlinie für Geldanlagen bei regionalen Banken und Kreditinstituten angelegt. Die Verzinsung der Festgeldanlagen des Anlagevermögens beträgt durchschnittlich 0,58 %.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (114.183,77 € VJ 129.882,19 €) betreffen EDV- und Büromaterial (22.770,33 € VJ 32.306,01 €), Toner (0,00 € VJ 2.551,14 €), Formulare (2.260,93 € VJ 4.531,90 €), Prüfungsaufgaben (70.064,32 € VJ 73.789,00 €), Drucksachen für den Wiederverkauf, Ehrenurkunden und Zeugnisse (10.117,40 € VJ 7.942,51 €), Bewirtungsvorrat (1.718,43 € VJ 1.752,95 €) sowie Geschenkartikel (7.252,36 € VJ 7.008,68 €).

Die unfertigen Leistungen sind mit 979.682,94 € (VJ 1.044.981,68 €) bilanziert.

Die geleisteten Anzahlungen belaufen sich auf 8.951,35 € (VJ 8.490,05 €).

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen (625.993,42 € VJ 879.421,20 €) betreffen:

- | | | |
|---|--------------|-------------------|
| • Forderungen aus Beiträgen* | 669.230,13 € | (VJ 906.500,56 €) |
| • Forderungen aus Gebühren* | 116.261,00 € | (VJ 113.866,83 €) |
| • Forderungen aus Entgelten* | 17.348,01 € | (VJ 24.280,10 €) |
| • Forderungen aus sonstigen Lieferungen und Leistungen* | 51.229,12 € | (VJ 77.197,12 €) |
| • Beitragsansprüche aus der Pro-Forma-Veranlagung | 3.822,04 € | (VJ 1.446,01 €) |

*(Angaben ohne Berücksichtigung der Pauschalwertberichtigung)

Die Wertberichtigungen auf Forderungen ohne Pro-Forma-Veranlagung (231.896,88 € VJ 243.869,42 €) verteilen sich mit 229.166,27 € auf Beiträge und mit 2.730,61 € auf Gebühren und Entgelte.

3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Forderungen (16.856,04 € VJ 8.254,44 €) betreffen die von der FIDT Fördergesellschaft für

innovative Dienstleistungen und Techniken mbH, der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH, der BZ Berufsbildungszentrum Kassel GmbH, noch nicht beglichenen Rechnungen für verschiedene Lieferungen und Leistungen.

4. Sonstige Vermögensgegenstände

Es handelt sich um:

- | | | |
|---|-------------|-----------------|
| • Forderungen aus Wertpapierzinsen (Zinsabgrenzung) | 9.515,76 € | (VJ 8.575,61 €) |
| • Öffentliche Zuschüsse | 39.234,00 € | (VJ 4.904,25 €) |
| • Debitorische Kreditoren | 1.943,38 € | (VJ 3.522,61 €) |
| • Forderungen an Bedienstete der IHK | 3.203,00 € | (VJ 2.871,09 €) |
| • Forderungen an Finanzamt aus
Umsatzsteuererstattung 2015 + IV/2016 | 1.369,91 € | (VJ 710,23 €) |
| • Forderungen an das Begabtenförderungswerk | 1.135,00 € | (VJ 0,00 €) |

Die Forderungen aus öffentlichen Zuschüssen in Höhe von 39.234,00 € resultieren aus dem geförderten Beratungsprogramm „unternehmensWert: Mensch“, die erst nach dem 31. Dezember 2016 zur Auszahlung kommen.

Die Forderungen an das Finanzamt aus Umsatzsteuererstattungen ergeben sich aus der Geschäftstätigkeit des umsatzsteuerpflichtigen Betriebes gewerblicher Art „Zertifikatslehrgänge“. Zum einen ist durch die Abgabe der Umsatzsteuererklärung 2015 ein Erstattungsbetrag in Höhe von 514,91 € zu erwarten. Zum anderen ergibt sich durch die Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung für den Monat Dezember unter Berücksichtigung der 1/11 Zahlung für 2016 ein Erstattungsanspruch in Höhe von 855,00 €

IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die flüssigen Mittel (2.782.818,00 €; VJ 1.147.478,10 €) umfassen:

- | | | |
|--|----------------|-------------------|
| • Kurzfristige Fest-/Tagegelder | 1.364.293,02 € | (VJ 686.072,77 €) |
| • Kontokorrentguthaben bei Kreditinstituten | 1.412.670,22 € | (VJ 457.465,25 €) |
| • Kassenbestände | 5.617,85 € | (VJ 3.194,21 €) |
| • Guthaben Postwertzeichen (Frankiermaschinen) | 236,91 € | (VJ 745,87 €) |

C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (70.994,66 €; VJ 87.599,24 €) setzen sich zusammen aus in 2016 für 2017 erhaltene bzw. bezahlte Rechnungen für Leasing, Lizenzgebühren, Gebäudeversicherung etc.

Passiva

A. Eigenkapital

Rücklagenspiegel	Ist-Werte	Ist-	Ist-	Ist-Werte
	01.01.2016	Entnahme	Einstellung	31.12.2016
I. Kapitalrücklage	3.155.759,54 €	0 €	0 €	3.155.759,54 €
II. Ausgleichsrücklage	5.307.897,29 €	611.043,84 €	0 €	4.696.853,45 €
- i.V.z. Bezugsgröße gem. § 15 FS	33,4%			30,8%
III. andere zweckgebundene Rücklagen	4.262.008,83 €	781.203,00 €	1.792.404,60 €	5.273.210,43 €
- zur Absicherung der Ausfallbürgschaft FiDt	348.378,98 €	69.790,83 €	0 €	278.588,15 €
- für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen an den Gebäuden Gobiet- u. Kurfürstenstraße	1.890.274,40 €	227.452,05 €	588.452,05 €	2.251.274,40 €
- zur Finanzierung einer Immobilie in Marburg	1.000.000,00 €	0 €	0 €	1.000.000,00 €
- zur Finanzierung der IHK Initiative Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung	368.355,45 €	117.305,84 €	131.644,55 €	382.694,16 €
- zur Absicherung der Finanzierung von zukünftigen Projekten	655.000,00 €	366.654,28 €	0 €	288.345,72 €
- Anpassungsbetrag aus Zinsumstellung gem. § 253 Abs. 6 Satz 3 HGB	0 €	0 €	710.308,00 €	710.308,00 €
- zur Finanzierung der Aufwendungen für die Umsetzung/Einführung eIHK	0 €	0 €	362.000,00 €	362.000,00 €
Gesamt	12.725.665,66 €	1.392.246,84 €	1.792.404,60 €	13.125.823,42 €

I. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage beläuft sich auf 3.155.759,54 € (VJ 3.155.759,54 €).

II. Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage reduziert sich zum 31. Dezember 2016 von 5.307.897,29 € auf 4.696.853,45 €. Aus der Ausgleichsrücklage wurde der sich als Saldo aus dem tatsächlichen Jahresüberschuss, nach Verrechnung der Entnahmen und Einstellungen aus bzw. in die zweckgebundenen Rücklagen ergebene Betrag in Höhe von 611.043,84 € (VJ 1.992.102,71 €) entnommen. Gemäß der zum 31. Dezember 2016 erstellten detaillierten Risikoprognose (Anlage 1-6.2) ergibt sich eine Schadensumme zwischen 7.425.779 € und 10.109.803 €. Die Ausgleichsrücklage

deckt somit 63,3 % der minimalen Schadenssumme ab. Die Höhe der Dotierung der Ausgleichsrücklage ist von der Vollversammlung als ausreichend befunden worden; eine Einstellung in die Ausgleichsrücklage erfolgt zum 31. Dezember 2016 nicht.

III. Andere Rücklagen

Die Rücklage zur Absicherung der mit den Ausfallbürgschaften für die Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH (FIDT GmbH) verbundenen Risiken beläuft sich auf 278.588,15 € (VJ 348.378,98 €) und hat sich um 69.790,83 € durch Entnahmen reduziert. In 1996 hat die IHK eine Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Stadt Kassel in Höhe von maximal 971.454,57 € im Zusammenhang mit der Aufnahme von öffentlichen Darlehen durch die FIDT GmbH zum Zwecke des Grundstückserwerbs und der Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums übernommen. Die Bürgschaft dient zur Absicherung öffentlicher Mittel, die das Land Hessen (rund 4,29 Mio. €) auf Darlehensbasis der Stadt Kassel als Hauptgesellschafter zur Finanzierung des Vorhabens neben EU-Zuschüssen (rund 2,25 Mio. €) bereitstellt. Zur Absicherung der 2. Baustufe wurde von der Vollversammlung am 10. März 2000 zu Gunsten der Stadt Kassel eine weitere Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 715.808,63 € genehmigt. Damit betragen die ursprünglichen Bürgschaftsverpflichtungen 1.687.263,20 €. Aufgrund der Zweckbindung der Bürgschaftserklärungen an die Tilgung hat sich der verbürgte Betrag zum 31. Dezember 2016 auf 278.588,15 € (VJ 348.378,98 €) ermäßigt und wird zum 31. Dezember 2020 auf 0,00 € verwendet sein. Die Ausfallgarantie wird nur dann wirksam, wenn die FIDT GmbH zahlungsunfähig wird und aus der Verwertung des Grundstücks die abgesicherte Darlehenssumme nicht erlöst werden kann.

Die Rücklage zur Mitfinanzierung für den Erwerb einer Immobilie in Marburg stammt aus der Veräußerung des Wohnhauses Heideweg 7 in Kassel und wurde durch Beschluss der Vollversammlung im Juni 2013 über die Verwendung des Bilanzgewinns 2012 auf 1.000.000,00 € aufgestockt, da die bisher eingestellte Rücklagenhöhe (298.833,04 €) für einen Erwerb oder Neubau einer Immobilie im Marburger Stadtgebiet (nach den der IHK vorliegenden qm-Preisen) nicht ausreichend erschien. Die Realisierung des Erwerbs von Grundbesitz stellt einen mittel- bis langfristigen Prozess dar, der sich auf fünf bis sieben Jahre erstrecken kann. Demnach müsste die Rücklage bis spätestens 31. Dezember 2020 in Anspruch genommen werden. Ein geeignetes Objekt konnte bisher nicht gefunden werden. Die Rücklage beläuft sich zum 31. Dezember 2016 unverändert auf 1.000.000,00 €

Die Rücklage für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Gebäude Kurfürstenstraße 9 und Gobietstraße 13 beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf 2.251.274,40 € (VJ 1.890.274,40 €). Der Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwand der Gebäude wird durch

Entnahmen aus der Rücklage finanziert. In 2016 ist der Sonnenschutz des Gebäudes Kurfürstenstraße 9 für 32.243,66 € instandgesetzt worden. Weiterhin ist in der 5. Etage ein zusätzlicher Büroraum entstanden. Im Erdgeschoss sind Büroräume sowie Flurbereiche saniert und modernisiert worden. Insgesamt hat die IHK hierfür 77.817,30 € aufgewendet. Für die Modernisierung des Erdgeschosses des Gebäudes Gobietstraße 13 sind 117.391,09 € Aufwendungen entstanden. In 2016 ist für Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ein Betrag in Höhe von insgesamt 227.452,05 € aus der Rücklage entnommen worden.

Die Rücklage zur Finanzierung der Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen des Verwaltungsgebäudes Kurfürstenstraße 9 und der Gebäude der Gobietstraße 13 wurde durch Vollversammlungsbeschlüsse in 2008 und 2009 in Höhe von 2.525.281,00 € gebildet. Für die Ermittlung des Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarfs von Gebäuden wurde das von der „Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ empfohlene pauschale Verfahren zur Ermittlung der Instandhaltungsaufwendungen kommunaler Gebäude zugrunde gelegt. Hiernach ermittelt sich der Instandhaltungsaufwand mit 1,2 % des Wiederbeschaffungszeitwerts der Gebäude bezogen auf die Restnutzungsdauer. Bei der Berechnung der Instandhaltungsrücklage zum 31. Dezember 2016 nach dieser Richtwertermittlung muss die Instandhaltungsrücklage einen Wert in Höhe von 2.251.274,40 € aufweisen. In den Jahren 2010 und 2012 wurde die Rücklage zur Finanzierung der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen aufgrund eines bei der Durchführung einer Instandhaltungsanalyse festgestellten Instandhaltungssaus bei beiden Liegenschaften um 1.416.262,99 € aufgestockt. In den Jahren 2010 bis 2016 wurden Sanierungs- und Modernisierungsaufwendungen in Höhe von 2.278.740,61 € durch Entnahmen aus der Instandhaltungs- und Modernisierungsrücklage finanziert. Dabei entfielen 517.742,46 € auf die Liegenschaft in der Gobietstraße 13 und für das Verwaltungsgebäude in der Kurfürstenstraße 9 sind insgesamt 1.760.998,15 € aufgewendet worden.

Aufgrund der Inanspruchnahmen der letzten Jahre und zur Sicherung der Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen der nächsten Jahre ist die Rücklage mit einer Zuführung in Höhe von 588.452,05 € auf das Niveau des Richtwertes zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 2.251.274,40 € gestiegen.

Weiterhin wurde die Rücklage zur Finanzierung der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung zum 01. Januar 2016 um 131.644,55 auf 500.000,00 € gemäß Vollversammlungsbeschluss vom 24. Juni 2015 aufgestockt. Neben der Verlängerung der Initiative bis zum 31. Dezember 2017 sind für die Jahre 2016 und 2017 finanzielle Mittel in Höhe von 500.000 € unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 2015 nicht in Anspruch genommenen Mittel zur Verfügung gestellt. Neben der Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung sollen auch Mittel für die Integration von Flüchtlingen in Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. 2016 sind insgesamt 117.305,84 € für die IHK- Initiative verwendet und aus der

Rücklage entnommen worden. Die Aufwendungen sind unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Rücklage beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf 382.694,16 € (VJ 368.355,45 €).

Die zur Absicherung von zukünftigen Projekten der IHK in 2010 gebildeten Rücklage wurde in 2016 in Höhe von 366.654,28 € in Anspruch genommen und beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf 288.345,72 € (VJ 655.000,00 €).

Dabei sind folgende von der Vollversammlung beschlossene Projektförderungen durch Entnahmen aus der Rücklage finanziert:

- Komplementäre Mitfinanzierung touristischer Gemeinschaftsaufgaben des Regionalmanagement Nordhessen in Höhe von 250.000,00 €,
- Finanzierung touristischer Gemeinschaftsaufgaben für die Region Marburg in Höhe von 40.000,00 €,
- Förderung des Competence Center Aerospace in Höhe von 15.000,00 €
- Unterstützung des Schülerforschungszentrums Nordhessen in Höhe von 10.000,00 €,
- zur Clusterentwicklung Regenerative Energien in Höhe von 30.000,00 €

Weiterhin sind 21.654,28 € für das Schwerpunktthema „Wirtschaft DIGITAL“ verwendet und aus der Rücklage entnommen worden.

Aufgrund der gesetzlichen Änderung gem. § 253 Abs. 2 HGB bezüglich der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen zugrunde zu legenden durchschnittlichen Zinsbindungsdauer von 7 auf 10 Jahre kann in Höhe des Betrages der aus der Umstellung resultiert eine zweckgebundene Rücklage gebildet werden. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB wurde zum 31. Dezember 2016 aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens berechnet. Dieser beziffert sich zum 31. Dezember 2016 auf 710.308,00 € und wird in die neu gebildete Rücklage aus der Umstellung der Zinsbindungsdauer von 7 auf 10 Jahre bei der Abzinsung der Pensionsverpflichtungen eingestellt und wird voraussichtlich im Jahr 2025 auf 0,00 € verwendet sein.

Weiterhin wird eine Rücklage zur Finanzierung für die Umsetzung/Einführung der Digitalisierung der internen Prozesse in der IHK in Höhe von 362.000,00 € gebildet. Die IHK plant in den nächsten Jahren verstärkt Digitalisierungsprojekte durchzuführen. Für die Jahre 2017 und 2018 sind bereits konkrete Projekte geplant.

C. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Hierbei handelt es sich um Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle wie auch für unverfallbare Anwartschaften in Höhe von 8.844.205,00 € (VJ 8.996.910,00 €).

Die Verpflichtungen für die unverfallbaren Anwartschaften beziffern sich auf 2.033.255,00 € für zwei aktive Leistungsanwärter. Die Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle betragen für neun Leistungsempfänger 6.810.950,00 €. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verringern sich per Saldo um 152.705,00.

2. Steuerrückstellungen

Aufgrund der Ende 2016 zu Gunsten der IHK ausgefallenen Entscheidung des Finanzamtes in Sachen steuerpflichtiger Betrieb gewerblicher Art bei der Erstellung der IHK- Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ sind die in den vergangenen Jahren gebildeten Steuerrückstellungen ertragswirksam aufgelöst worden. Für die drohende Festsetzung von Umsatzsteuer (95.000,00 €), Gewerbesteuer (206.280,00 €) und Körperschaftsteuer (239.324,00 €) sind in der Vergangenheit Rückstellungen gebildet worden, die ertragswirksam aufgelöst wurden.

3. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen (1.999.472,20 €; VJ 2.066.698,87 €) gliedern sich wie folgt auf:

- Beihilfen 859.405,00 € (VJ 759.624,00 €)
- Sonderzuwendungen für Arbeitsjubiläen, besondere Geburtstage,
Renteneintritt 413.240,00 € (VJ 372.211,00 €)
- Altersteilzeit 133.439,00 € (VJ 198.517,00 €)
- Resturlaub 153.093,21 € (VJ 142.538,16 €)
- Dokumentationsverpflichtung gem. § 249 HGB 155.300,00 € (VJ 198.100,00 €)
- Zinsen gem. § 233a AO 0,00 € (VJ 111.396,00 €)
- Überstunden 111.494,99 € (VJ 106.032,71 €)
- Ausstehende Rechnungen 19.600,00 € (VJ 20.100,00 €)
- Jahresabschlussarbeiten 57.400,00 € (VJ 62.680,00 €)
- Beiträge Berufsgenossenschaft 35.000,00 € (VJ 33.000,00 €)
- Rechts- und Beratungskosten 31.500,00 € (VJ 31.500,00 €)
- Ausstehende Prüferentschädigungen 30.000,00 € (VJ 31.000,00 €)

Die Rückstellung für Rechts- und Beratungskosten bezieht sich auf Kosten, die durch anhängige Verfahren verursacht werden können und begründet sich auf Prognoseberechnungen der Rechtsanwälte.

Die Rückstellung für Zinsen gem. § 233 a AO in Höhe von 111.396,00 € ist zum 31. Dezember 2016 aufgrund der Ende 2016 zu Gunsten der IHK ausgefallenen Entscheidung des Finanzamtes in Sachen steuerpflichtiger Betrieb gewerblicher Art bei der Erstellung der IHK- Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ ertragswirksam aufgelöst worden.

D. Verbindlichkeiten

	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag
	bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahren	mehr als 5 Jahren	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	412.528,97 € (VJ 291.297,40 €)	3.195,49 € (VJ 4.654,38 €)		415.724,46 € (VJ 295.951,78 €)
5. Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, m. d. ein Beteiligungsverhältnis besteht	99.415,35 € (VJ 61.977,03 €)			99.415,35 € (VJ 61.977,03 €)
6. Sonstige Verbindlichkeiten	193.164,53 € (VJ 250.661,19 €)			193.164,53 € (VJ 250.661,19 €)
Summe	705.108,85 € (VJ 603.935,62 €)	3.195,49 € (VJ 4.654,38 €)		708.304,34 € (VJ 608.590,00 €)

3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten betragen 415.724,46 € (VJ 295.951,78 €).

5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf 99.415,35 € (VJ 61.977,03 €) und betreffen die Regionalmanagement Nordhessen GmbH, die IHK-Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Werra-Meißner-Kreis mbH.

6. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten betragen 193.164,53 € (VJ 250.661,19 €).

Sie umfassen:

• Kreditorische Debitoren	85.698,29 €	(VJ 94.051,64 €)
• Verbindlichkeiten aus einbehaltener Lohn- und Kirchensteuer	94.646,44 €	(VJ 105.856,55 €)
• Verbindlichkeiten gg. dem Begabtenförderungswerk	0,00 €	(VJ 7.645,55 €)
• Verbindlichkeiten gg. Finanzamt aus Umsatzsteuer	2.625,28 €	(VJ 5.016,00 €)
• Verbindlichkeiten gg. IHK-Mitarbeitern	2.543,99 €	(VJ 3.104,48 €)
• Rückzahlungsverpflichtungen aus der Pro-Forma-Veranlagung	1.391,94 €	(VJ 34.716,41 €)
• Verbindlichkeiten gg. Künstlersozialkasse	774,67 €	(VJ 270,56 €)
• Verbindlichkeiten aus Messenförderungen	5.483,92 €	(VJ 0,00 €)

Die Verbindlichkeit gegenüber dem Finanzamt aus Umsatzsteuer ergibt sich aus der Geschäftstätigkeit des umsatzsteuerpflichtigen Betriebes gewerblicher Art „Zertifikatslehrgänge“. Zum einen ist ein Nachzahlungsbetrag in Höhe von 284,48 € für das Jahr 2016 zu erwarten. Zum anderen ergibt sich durch die Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung für den Monat November 2016 ein Vorauszahlungspflicht in Höhe von 2.340,80 €, die Anfang 2017 gezahlt ist.

Weiterhin sind Beträge aus der Messenförderung in Höhe von 5.483,92 € bis zum 31. Dezember 2016 nicht ausgezahlt worden.

E. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (12.228,25 €, VJ 11.238,99 €) setzen sich zusammen aus in 2016 für 2017 fakturierten Berufsausbildungsgebühren.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Erträge aus IHK-Beiträgen

IST 2016	10.646 T€
Plan 2016	10.623 T€
IST 2015	7.072 T€

Die Erhebung der Beiträge erfolgte auf der Grundlage der Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2016. Danach werden die Beiträge im Rahmen der Gegenwartsveranlagung mittels Vorauszahlungen (vorläufige Veranlagung auf der Basis des letzten der IHK bekannten Gewerbeertrags beziehungsweise Gewinns aus Gewerbebetrieb) und Abrechnungen erhoben. Die Beitragserträge setzen sich zusammen aus den Grundbeiträgen und Umlagen.

Sie gliedern sich in:

- 8.824 T€ für die Veranlagung des laufenden Jahres (3.513 T€ Grundbeiträge, 5.311 T€ Umlagen) und
- 1.766 T€ für die Veranlagung von Beiträgen aus Vorjahren (202 T€ Grundbeiträge, 1.564 T€ Umlagen).

Insgesamt liegen die Beitragserträge mit 23 T€ über dem Planniveau. Die Abweichung begründet sich zum einen auf die in 2016 vorzunehmende Korrektur der gebuchten Pro-Forma-Veranlagung des Vorjahres (+56 T€). Zum anderen liegen die Beitragseinnahmen aus Grundbeiträgen des laufenden Jahres mit 31 T€ unter dem Planwert.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Beitragserträge um insgesamt 3.575 T€ gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf höhere Beitragserträge für das laufende Jahr (8.824 T€ gegenüber Vorjahr 5.832 T€) zurückzuführen, da die temporäre 30 %-ige Beitragskürzung der Jahre 2014 und 2015 ab dem Veranlagungsjahr 2016 planmäßig entfallen ist.

Bereinigt man die Beitragserträge für das lfd. Jahr um die Beitragskürzung in Höhe von 30 % liegen die Beitragseinnahmen für das lfd. Jahr in 2016 um 5,9 % über dem bereinigten Vorjahreswert. Hauptursache hierfür ist der Wegfall der Degression bei der Umlageerhebung ab dem Veranlagungszeitraum 2016. Durch die einheitliche Umlageerhebung in Höhe von 0,17 % des Gewerbeertrages bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb werden bei den Erträgen aus Umlagen laufendes Jahr 419 T€ höhere Einnahmen gegenüber dem Vorjahr erzielt.

2. Erträge aus Gebühren

IST 2016	2.545 T€
Plan 2016	2.509 T€
IST 2015	2.016 T€

Ein wesentlicher Anteil an den Erträgen entfällt auf Gebühren, die für die Eintragung und Betreuung eines Ausbildungsverhältnisses erhoben werden (1.095 T€). Weitere Gebührentatbestände

sind Erträge aus der Durchführung von Weiterbildungsprüfungen (324 T€), Sach- und Fachkundeprüfungen (277 T€), Unterrichtsverfahren (557 T€) und Beglaubigungstätigkeit (148 T€).

Die Planansätze wurden um 36 T€ übertroffen. Dieses Plus ist hauptsächlich zurückzuführen auf:

- Erträge aus Gebühren für die Durchführung von Ausbilder-Eignungsprüfungen (118 T€ gegenüber Plan 100 T€)
- Erträge aus Gebühren für die Durchführung von Gefahrgutfahrer-Prüfungen (128 T€ gegenüber Plan 112 T€)
- Erträge aus Ursprungszeugnissen, Bescheinigungen und Zweitschriften (145 T€ gegenüber Plan 131 T€)

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Erträge aus Gebühren um 529 T€ gestiegen. Im Wesentlichen lässt sich der Mehrertrag durch die Gebühren aus der Unterrichtung für das Bewachungsgewerbe (557 T€ gegenüber Vorjahr 78 T€) aufgrund der anhaltenden starken Nachfrage von Bewachungspersonal begründen. Des Weiteren wurden durch die erstmalige Erhebung von Gebühren aus der Registrierung und der Sachkundeprüfung von Immobiliendarlehensvermittler (41 T€ gegenüber Vorjahr 0 T€) Mehrerträge erzielt.

3. Erträge aus Entgelten

IST 2016	309 T€
Plan 2016	275 T€
IST 2015	288 T€

Erträge aus Entgelten erzielt die IHK aus entgeltspflichtigen Serviceleistungen, wie z.B. dem Verkauf von Ehren- und Registrierungsurkunden (20 T€), dem Formularverkauf und Datenbankrecherchen (14 T€), Seminar- und Informationsveranstaltungen (85 T€), Verkauf von Zertifikatslehrgängen (48 T€) und aus der Weiterbelastung von Kosten für die Übernahme von Prüfungsteilnehmern aus anderen IHK-Bezirken (139 T€).

Insgesamt liegen die Erträge aus Entgelten mit 34 T€ über dem Planniveau.

Mehrerträge ergaben sich bei den Entgelten aus der Übernahme von Prüfungsteilnehmern aus anderen IHK-Bezirken (139 T€ gegenüber Plan 122 T€) und aus Erlösen aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen sowie aus Zertifikatslehrgängen (133 T€ gegenüber Plan 118 T€).

Im Vorjahresvergleich ergibt sich eine Steigerung der Erträge aus Entgelten per Saldo um 21 T€. Dabei haben sich hauptsächlich die Entgelte aus der Übernahme von Prüfungsteilnehmern aus

anderen IHK-Bezirken (21 T€) und die Erlöse aus Seminaren, Tagungen und Symposien (14 T€) erhöht. Demgegenüber haben sich die Entgelte aus Lehrgängen (Zertifizierungslehrgänge) um 9 T€ verringert.

4. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen

IST 2016	-65 T€
Plan 2016	XX T€
IST 2015	-7 T€

Dieser Posten betrifft die erbrachten, aber noch nicht fakturierten Leistungen in der Berufsausbildung (Berufsausbildungsgebühren). Die Gebühren für die Eintragung und Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sind zum Zeitpunkt der Anmeldung zur Abschlussprüfung zu erheben. Zum 31. Dezember 2016 stellt die Bestandsveränderung eine Abnahme der unfertigen Leistungen dar.

6. Sonstige betriebliche Erträge

IST 2016	1.352 T€
Plan 2016	1.241 T€
IST 2015	680 T€

Mit 684 T€ bilden die Erträge aus der Auflösung von Steuer- und sonstigen Rückstellungen fast die Hälfte der gesamten betrieblichen Erträge. Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für Umsatz-, Körperschaft- und Gewerbesteuer sowie Zinsen sind aufgrund eines möglichen Betriebs gewerblicher Art hinsichtlich der Übertragung des Rechts auf Anzeigenverwaltung an den Verlag im Rahmen der Erstellung des IHK-Magazins „Wirtschaft Nordhessen“ durch die Entscheidung des Finanzamts im Einspruchsverfahren ertragswirksam aufgelöst worden. (Verweis auf Erläuterungen zur Bilanz, Passiva Punkt C. 2. Steuerrückstellungen.)

Weiterhin werden die Erträge aus Erstattungen von Sachmittel- und Personalgestellung in Höhe von 233 T€, die Erträge aus Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln zur Teilfinanzierung von Projekten mit 68 T€, Erträge aus der Herabsetzung von Pauschalwertberichtigungen mit 12 T€ sowie die Mieterlöse inkl. Nebenkosten mit 187 T€ unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Überschreitung des Planwertes in Höhe von 112 T€ resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen (58 T€) und den noch nicht abgerechneten Fördermitteln für Projekte (u.a. unternehmensWert Mensch) (26 T€).

Im Vergleich zum Vorjahr sind die sonstigen betrieblichen Erträge um 673 T€ gestiegen. Im Wesentlichen lässt sich der Mehrertrag durch erhöhte Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen (515 T€ gegenüber Vorjahr 0 €) begründen. Als weiterer Mehrertrag sind wieder gestiegene Erträge aus Personalerstattungen nach Rückkehr aus einer Langzeiterkrankung Anfang 2016 (221 T€ gegenüber Vorjahr 138 T€) zu verzeichnen.

7. Materialaufwand

IST 2016	2.203 T€
Plan 2016	2.178 T€
IST 2015	2.071 T€

Unter dem Materialaufwand werden die Aufwendungen erfasst, die im Zusammenhang mit der Leistungserstellung der IHK stehen. Sie untergliedern sich in Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren und Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 110 T€ gliedern sich in Aufwendungen für Prüfungsmittel (44 T€), Vordrucke, Formulare und Urkunden (31 T€) sowie Broschüren und sonstiges Schrifttum zur Weitergabe (22 T€) und Bewirtungsvorrat (13 T€) auf.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 2.093 T€ setzen sich im Wesentlichen aus Prüferentschädigungen (951 T€), Aufgabensätzen (508 T€), Honoraren und Reisekosten für Dozenten (253 T€), Aufwendungen für die Abgabe von Prüflingen an andere IHK-Bezirke (115 T€), sonstige Fremdleistungen für die IHK-Leistungserstellung (108 T€), Raummieten (80 T€) sowie Bewirtungskosten (53 T€) zusammen.

Der Planwert wurde um 25 T€ oder 1,1 % überschritten. Dies resultiert im Wesentlichen aus nachfolgend aufgeführten Mehraufwendungen:

- Aufgabensätze (508 T€, gegenüber Plan 471 T€)
- Prüferentschädigungen (951 T€, gegenüber Plan 922 T€)

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Materialaufwand um 132 T€ höher. Im Wesentlichen lässt sich der Mehraufwand durch höhere Aufwendungen für Honorare und Reisekosten Dozenten (253 T€, gegenüber Vorjahr 104 T€), begründen. Hauptursächlich sind die im Berichtsjahr mit 161 T€ enthaltenen Aufwendungen für die Unterrichtung im Bewachungsgewerbe, korrespondierend zu den

gestiegenen Erträgen aus Gebühren für die Unterrichtung im Bewachungsgewerbe (Verweis auf Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung Punkt 2 Erträge aus Gebühren).

8. Personalaufwand

IST 2016	8.224 T€
Plan 2016	8.069 T€
IST 2015	7.871 T€

Zum 31. Dezember 2016 waren durchschnittlich 112,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festangestellt, die einer Kapazität von 95,54 Personenjahren entsprechen. Außerdem wurden 7 Auszubildende beschäftigt.

Unter dem Personalaufwand werden die Gehälter und die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung zusammengefasst. Insgesamt liegt der Personalaufwand um 155 T€ oder 1,9 % über dem Planansatz.

Die Gehaltsaufwendungen (5.784 T€) liegen um 40 T€ über dem Planwert (5.744 T€). Hierunter sind die Vergütungen der IHK-Mitarbeiter (5.558 T€), Aufwendungen für Sachbezüge (50 T€), Vermögenwirksame Leistungen (28 T€), Prämienzahlungen für besondere Leistungen der Mitarbeiter (9 T€) sowie Aufwendungen für erbrachte Mehrarbeit (18 T€) enthalten. Weiterhin wurden 43 T€ für freiwillige Sozialleistungen aufgrund der Dienstvereinbarung ausgegeben. Nicht planbare Veränderungen der Rückstellungen für geleistete Überstunden und Resturlaub (26 T€) und Veränderungen der Rückstellungen für Sonderzuwendungen (19 T€) sind hauptsächlich für die Planüberschreitung verantwortlich.

Die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung (2.440 T€) überschreiten den Planansatz um 114 T€ und beinhalten Sozialversicherungsbeiträge (986 T€, gegenüber Plan 954 T€), Beiträge für Zusatzversicherungen der Mitarbeiter (468 T€, gegenüber Plan 473 T€), Beiträge an Ruhegehaltskassen und Versorgungseinrichtungen (483 T€, gegenüber Plan 478 T€) und Veränderungen der Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen.

Die Personalaufwendungen stiegen um 353 T€ gegenüber dem Vorjahr, wobei sich die Gehaltsaufwendungen um 192 T€ erhöhten. Die Entgelte der Mitarbeiter stiegen laut Tarifvereinbarung Anfang 2016 um 1,5 Prozentpunkte. Weiterhin sind durch eine Ausgleichszahlung in Höhe von 49 T€ an einen frühzeitig ausgeschiedenen Mitarbeiter und der Rückkehr aus einer Langzeiterkrankung ohne Lohnfortzahlung gegenüber dem Vorjahr Mehraufwendungen entstanden.

Weiterhin liegen Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung mit 53 T€ über dem Vorjahreswert.

9. Abschreibungen

IST 2016	243 T€
Plan 2016	250 T€
IST 2015	261 T€

Es wurden 72 T€ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände, 130 T€ auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen und 9 T€ auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 31 T€ auf GWG-Sammelposten der Jahre 2012 bis 2016 vorgenommen.

10. Sonstige betriebliche Aufwendungen

IST 2016	4.497 T€
Plan 2016	4.682 T€
IST 2015	4.975 T€

Die Aufwendungen liegen insgesamt um 185 T€ unter den Planwerten.

Nachfolgend aufgeführte Aufwandsarten weisen Über- bzw. Unterschreitungen der Planwerte auf:

•**Sonstige Personalaufwendungen** (132 T€, gegenüber Plan 137 T€): Hinunter werden z.B. die Aufwendungen für sonstige Aufwendungen für Betriebs- und Arbeitssicherheit (38 T€) und die Ausgleichsabgabe (13 T€) ausgewiesen. Die Unterschreitung beruht hauptsächlich auf niedrigeren Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung der IHK-Mitarbeiter (46 T€, gegenüber Plan 51 T€).

•**Mieten, Pachten, Leasing** (307 T€, gegenüber Plan 327 T€): Die Unterschreitung des Planwertes ist insbesondere auf niedrigere Aufwendungen beim Leasing von EDV-Anlagen, Büromaschinen und Telefonanlagen (167 T€, gegenüber Plan 179 T€) sowie Mieten und Pachten für Diensträume (96 T€, gegenüber Plan 102 T€) zurückzuführen.

•**Fremdleistungen** (708 T€, gegenüber Plan 690 T€): Abweichungen ergeben sich aufgrund von Mehraufwendungen bei den Aufwendungen für externe Hausmeisterdienste (106 T€, gegenüber Plan 85 T€) begründet durch gestiegenen Bedarf während und nach

Veranstaltungen sowie bei den Aufwendungen für sonstige Fremdleistungen (89 T€, gegenüber Plan 75 T€). Hier wurde im Zusammenhang mit der Verlängerung der Servicezeiten ein externer Sicherheitsdienst für den Pforten- und Empfangsdienst beauftragt. Die Aufwendungen für EDV-Dienstleistungen unterschreiten den Planwert (246 T€ gegenüber Plan 263 T€). Die geplante Erstellung einer Prozessanalyse im Bereich Stammdaten durch externe Beauftragung wurde stattdessen durch IHK-Mitarbeiter erarbeitet.

•**Rechts- und Beratungskosten** (160 T€, gegenüber Plan 168 T€): Der Planwert wurde hauptsächlich auf Grund von niedrigeren Aufwendungen für sonstige Beratungen und Gutachten für interne Zwecke (24 T€, gegenüber Plan 43 T€) unterschritten. Demgegenüber übersteigen die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Jahresabschlusserstellung durch höhere Gutachten und Beratungsaufwendungen (61 T€, gegenüber Plan 54 T€) den Planwert. Weiterhin sind Rechtsberatungskosten in Höhe von 16,5 T€ für anhängige Klageverfahren im Zusammenhang mit der kritischen Auseinandersetzung der IHK als Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft angefallen.

•**Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation, Porto** (418 T€, gegenüber Plan 434 T€): Niedrigere Aufwendungen für Porto (153 T€, gegenüber Plan 165 T€), Aufwendungen für Fachliteratur, Bücher und Informationsdienste (12 T€, gegenüber Plan 18 T€) und Aufwendungen für Telekommunikation (36 T€, gegenüber Plan 40 T€) führen unter Berücksichtigung einer Planüberschreitung bei den Aufwendungen für Büromaterial (49 T€, gegenüber Plan 45 T€) zur Unterschreitung des Planwertes in Höhe von insgesamt 16 T€.

•**Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation** (204 T€, gegenüber Plan 218 T€): Aufgrund der niedrigeren Aufwendungen für Bewirtungskosten anlässlich des Jahresempfangs und der Verleihung des Wissenschaftspreises (29 T€, gegenüber 39 T€) wurde der Planwert unterschritten. Die Aufwendungen für die Erstellung des IHK-Magazins „Wirtschaft Nordhessen“ (149 T€, gegenüber Plan 150 T€) liegen auf Planniveau.

•**Aufwendungen DIHK** (511 T€, gegenüber Plan 510 T€): Die Aufwendungen an den DIHK orientieren sich am Gewerbeertragsvolumen des Vorjahres der Mitgliedsunternehmen der IHK. Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 162 T€ gesunken, was auf niedrigere Gewerbeertragszahlen der Mitgliedsunternehmen der IHK im Vergleich der IHK-Organisation insgesamt, zurückzuführen ist.

•**Aufwendungen Grundstücke und Gebäude, Instandhaltungsaufwand und Wartungsverträge** (648 T€, gegenüber Plan 755 T€). Die Aufwendungen in Höhe von 648 T€

gliedern sich in Aufwendungen für die laufende Unterhaltung der IHK-Gebäude und angemieteten Räume der regionalen Geschäftsstellen (181 T€), Aufwendungen für Instandhaltungen von Gebäuden (257 T€), von Büro- und Geschäftsausstattungen (12 T€) sowie von Fahrzeugen (12 T€) und Aufwendungen aus Wartungsverträgen für Gebäude (37 T€), Aufwendungen aus Wartungsverträgen für Hard- und Software (135 T€). Die Unterschreitung des Planwertes ergibt sich im Wesentlichen bei den Instandhaltungsaufwendungen für die IHK-Gebäude in Höhe von 257 T€ gegenüber Plan 350 T€. Durch eine Langzeiterkrankung im Bereich Gebäudemanagement wurden Modernisierungsmaßnahmen in das Folgejahr verlegt. Die Aufwendungen für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an den beiden Gebäuden werden durch die Entnahme in Höhe von 227 T€ aus der Instandhaltungs- und Modernisierungsrücklage finanziert. (Verweis auf Erläuterungen zur Bilanz Passiva III. Andere Rücklagen).

11. – 15. Finanzergebnis

IST 2016	482 T€
Plan 2016	452 T€
IST 2015	-335 T€

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge überschreiten mit 866 T€ den Planansatz von 836 T€ und sind hauptsächlich durch den Zinsertrag aus dem Unterschiedsbetrag der Abzinsung - vom 7 auf 10-Jahresdurchschnitt- (710 T€, gegenüber Plan 689 T€) und der Rückstellung für Pensionen begründet. Weitere sonstige Zinsen und ähnliche Erträge sind durch Zinserträge und Dividenden auf Fest- und Termingelder des Finanzanlagevermögens in Höhe von 77 T€ und durch die Rückerstattung der gezahlten Zinsen gemäß § 233 a AO für Umsatzsteuernachzahlungen der Jahre 2007 bis 2013 über 77 T€ erzielt worden.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen liegen im Plan (385 T€) und beinhalten Aufwendungen für die Abzinsung von Rückstellungen mit einer Laufzeit größer als 1 Jahr (385 T€).

Das Finanzergebnis ändert sich im Vergleich zum Vorjahr von einem negativen Ergebnis in Höhe von -335 T€ in ein positives Ergebnis in Höhe von 482 T€.

18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

IST 2016	-26 T€
Plan 2016	-26 T€
IST 2015	46 T€

Begründet durch die zu Gunsten der IHK ausgefallene Einspruchsentscheidung des Finanzamts im Zusammenhang mit der Erstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ wurde gezahlte Körperschaftsteuer zurück erstattet.

19. Sonstige Steuern

IST 2016	-271 T€
Plan 2016	-273 T€
IST 2015	347 T€

Die sonstigen Steuern betreffen im Wesentlichen die in 2016 erstattete Umsatzsteuer in Höhe von 305 T€. Die Umsatzsteuererstattung erfolgt nach Einspruchsentscheidung des Finanzamts im Zusammenhang mit der Erstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“. Ab dem Jahr 2007 bis 2013 wurde für einen Betrieb gewerblicher Art hinsichtlich der Übertragung des Rechts auf Anzeigenverwaltung an den Verlag Umsatzsteuer festgesetzt.

Des Weiteren sind die Grundsteuer mit 32 T€ und KFZ-Steuer mit 2 T€ enthalten.

21-24. Jahresüberschuss/Gewinnvortrag/Entnahmen-Einstellungen in Rücklagen/Bilanzgewinn

Ausgehend von dem negativen Betriebsergebnis in Höhe von -379 T€ wird ein Jahresüberschuss erzielt bedingt durch das positive Finanzergebnis über 482 T€ (Verweis auf Erläuterungen zu Punkt 11-18) und der Steuererstattungen über 297 T€ (Verweis auf Erläuterungen zu Punkt 19 und 20).

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 400 T€. Die Entnahmen (781 T€) aus und die Einstellungen (1.792 T€) in die zweckgebundenen Rücklagen wurden analog dem Beschluss der Vollversammlung in Höhe der tatsächlich angefallenen Aufwendungen bzw. Beträgen vollzogen. Die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 611 T€ erfolgte ebenfalls beschlussgemäß in Höhe des zum verbleibenden Bilanzverlustausgleich erforderlichen Betrags.

Zum 31. Dezember beträgt der Bilanzgewinn – unter Berücksichtigung der Rücklagenveränderungen- 0 T€ (Verweis auf Erläuterungen zur Bilanz, Passiva Eigenkapital I. – IV.).

VI. Erläuterungen zur Finanzrechnung

1. Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

IST 2016	400 T€
Plan 2016	219 T€
IST 2015	- 5.857 T€

2a. Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens

IST 2016	233 T€
Plan 2016	250 T€
IST 2015	271 T€

Es handelt sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände mit 72,4 T€, Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen mit 129,9 T€ sowie Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 40,1 T€, wobei 8,3 T€ Abschreibungen auf die Einrichtungsgegenstände der Berufswahlbüros, die im Rahmen der IHK-Initiative zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsorientierung in 2011 bis 2016 angeschafft wurden, entfallen.

Weiterhin wurden 9,9 T€ Zuschreibungen auf Finanzanlagen gebucht.

3a. Veränderungen der Rückstellungen

IST 2016	- 761 T€
Plan 2016	- 324 T€
IST 2015	727 T€

Der Betrag stellt eine Abnahme der Rückstellungen dar und resultiert hauptsächlich aus der Auflösung der Steuerrückstellungen (540,6 T€). Die sonstigen Rückstellungen verringern sich ebenfalls um 67,2 T€.

3b. Veränderungen der Rechnungsabgrenzungsposten

IST 2016	18 T€
Plan 2016	XX T€
IST 2015	- 61 T€

Die Veränderung der Rechnungsabgrenzungsposten ergibt sich aus der Verringerung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (-16,6 T€) und einer Erhöhung der passiven Abgrenzungsposten.

6. Veränderungen der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

IST 2016	290 T€
Plan 2016	XXX T€
IST 2015	139 T€

Der Wert stellt eine Abnahme dar und resultiert aus der Abnahme der Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten von 253 T€ und der Abnahme der Vorräte und unfertigen Leistungen von 81 T€. Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht erhöhen sich um 8,6 T€, die sonstigen Vermögensgegenstände um 35,8 T€.

7. Veränderungen der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.

IST 2016	100 T€
Plan 2016	XXX T€
IST 2015	- 166 T€

Der Betrag stellt eine Zunahme der Verbindlichkeiten dar. Dabei erhöhen sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 119,8 T€, die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, um 37,4 T€. Die sonstigen Verbindlichkeiten verringern sich um 57,5 T€.

9. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

IST 2016	279 T€
Plan 2016	144 T€
IST 2015	- 4.952 T€

Ausgehend vom Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten von 400,2 T€ werden nicht zahlungswirksame Erträge bzw. Aufwendungen korrigiert, so dass ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 279,1 €, der eine Zunahme der liquiden Mitteln darstellt, erzielt wird.

11. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen

IST 2016	- 73 T€
Plan 2016	- 77 T€
IST 2015	- 62 T€

Die Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung betragen 58 T€ Für die Neumöblierung der in 2015 modernisierten Schulungsräume im Gebäude der Gobietstraße 13 sind Investitionen in Höhe von 26 T€ getätigt worden. Für den Austausch und die Neuanschaffung von Büroausstattungen und -einrichtungen sind Auszahlungen in Höhe von 24 T€ getätigt worden. Weiterhin sind die Außentüren des Gebäudes der Gobietstraße 13 mit einer elektronischen Schließanlage in Höhe von 7 T€ ausgestattet worden. Im Gebäude der Kurfürstenstraße 9 ist für die Klimatisierung von Büroräumen und für die Nachrüstung von Jalousien als Sonnenschutz insgesamt 8,1 T€ investiert worden.

13. Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen

IST 2016	- 40 T€
Plan 2016	- 50 T€
IST 2015	- 45 T€

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Softwarelizenzen in Höhe von 44,7 T€ angeschafft. Davon entfallen 17,2 T€ auf die Anschaffung von Lizenzen für den zentralen Datenbankserver und auf ein Erweiterungsmodul der Individualsoftware „Dokumentenmanagementsystem“ in Höhe von 33,8 T€

14. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens

IST 2016	1.500 T€
Plan 2016	1.500 T€
IST 2015	4.008 T€

Die Einzahlungen in Höhe von 1,5 Mio. € betreffen die Umschichtung einer Festgeldanlage des Finanzanlagevermögens in eine Tagesgeldanlage des Finanzumlaufvermögen zur Sicherung der laufenden Liquidität.

15. Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

IST 2016	- 30 T€
Plan 2016	- 53 T€
IST 2015	- 92 T€

Die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen begründen sich in Zinsgutschriften von 30,3 T€ aus Finanzanlagen, die in der gleichen Anlageart angelegt werden und erst mit Endfälligkeit der Anlage zur Auszahlung kommen.

16. Cashflow aus der Investitionstätigkeit

IST 2016	1.356 T€
Plan 2016	1.320 T€
IST 2015	3.809 T€

20. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes

IST 2016	1.635 T€
Plan 2016	1.464 T€
IST 2015	- 1.144 T€

Der Finanzmittelbestand erhöht sich um 1,64 Mio. € und ermittelt sich aus dem positiven Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (279,1 T€) und dem positiven Cashflow aus Investitionstätigkeiten (1,36 Mio. €).

VII. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die IHK Kassel-Marburg hat finanzielle Verpflichtungen aus Miet- (91 T€), Leasing- (210 T€) und Wartungsverträgen (180,8 T€) in Höhe von insgesamt 481,8T€ (VJ 449 T€) pro Jahr.

VIII. Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB

Die IHK Kassel-Marburg ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V. Berlin (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK bei Auflösung des Vereins das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge

der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbeitrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31. Dezember 2016 bei einer Bilanzsumme von 141,0 Mio. EUR (VJ 135,6 Mio. EUR) ein Eigenkapital von 55,4 Mio. EUR (VJ 52,6 Mio. EUR) aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind die Verpflichtungen in Höhe von 26,8 Mio. EUR (VJ 30,2 Mio. EUR) nicht in der Bilanz zum 31. Dezember 2016 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen in der Bilanz betragen per 31. Dezember 2016 57,0 Mio. EUR (VJ 53,3 Mio. EUR). Rechnerisch ergibt sich unter Berücksichtigung der nicht passivierten Pensionsverpflichtungen ein positives Eigenkapital von 28,6 Mio. EUR (VJ 22,4 Mio. EUR).

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebundene Kapitalzuführungen zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018 gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. EUR an den DIHK zu leisten. Die in 2016 von der IHK geleistete Umlage beträgt 16,1 T€ (VJ 21,7 T€).

Der durchschnittliche Beitrag der IHK belief sich in den letzten fünf Jahren auf rund 1,43 % (VJ 1,56 %) des gesamten Beitragsaufkommens des DIHK. In 2016 belief sich der Beitrag der IHK auf rund 1,15 % (VJ 1,55 %) des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Die IHK ist zwei Bürgschaftsverpflichtungen zu Gunsten der Stadt Kassel im Zusammenhang mit der FIDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH eingegangen. Die Bürgschaftsverpflichtungen werden im Rahmen der Rücklagen unter dem Eigenkapital (A. III) erläutert.

X. Sonstige Angaben

Zusatzversorgung

Für die Mitarbeiter der IHK besteht, soweit sie nicht nach beamtenrechtlichen Grundsätzen Anspruch auf Altersversorgung haben und damit eine entsprechende Vorsorge über die Rückstellungen für Pensionen getroffen wurde, eine Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände des Reg.-Bez. Kassel (ZVK), Kassel.

Die Zusatzversorgungskasse hat die Aufgabe, ihren Versicherten und deren Hinterbliebenen eine zusätzliche betriebliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung richten sich nach dem Tarifvertrag über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (ATV-K). Seit dem 01. Januar 2002 ist die Höhe der Betriebsrente insbesondere abhängig von dem jeweiligen Jahresentgelt und dem Alter des Beschäftigten. Anwartschaften aus dem bis zum 31. Dezember 2001 durchgeführten Gesamtversorgungssystem wurden zusätzlich in Form einer Startgutschrift berücksichtigt. Die von der IHK zu tragende Umlage beträgt 6,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte der Arbeitnehmer. Im Jahr 2016 betrug die Summe der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte für die Beschäftigten 4.970 T€ (VJ 4.969 T€). Hierdurch ergab sich ein Umlagebedarf (inkl. Sanierungsgeld und Pauschalsteuer von 131 T€; VJ 132 T€) in Höhe von 468 T€ (VJ 457 T€).

Regionalmanagement Nordhessen GmbH

Die IHK ist an der Regionalmanagement Nordhessen GmbH in Kassel mit 30 % bzw. 15.000 € (VJ 15.000 €) am Stammkapital beteiligt. Gemäß Gesellschaftervertrag soll die Gesellschaft mit einem jährlichen Mindestetat von 1 Mio. € ausgestattet werden. Davon sollen 500.000 € durch die Gesellschafter dieser Gesellschaft erbracht werden. Die weiteren Mittel sollen beim Land Hessen und weiteren Partnern eingeworben werden. Die nicht zum Verlustausgleich benötigten Gesellschaftereinzahlungen werden im Jahresabschluss des Regionalmanagements formal als Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern ausgewiesen und weisen mit Stand zum 31. Dezember 2016 für die IHK ein über alle Betriebsjahre kumuliertes Volumen von 16 T€ (VJ 194 T€) aus. In der mittelfristigen Liquiditätsplanung werden diese Mittel zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft benötigt. Faktisch haben diese Mittel Eigenkapitalcharakter für die Gesellschaft, da seitens der Gesellschafter keine Rückerstattung dieser Mittel angestrebt ist.

Pro-Forma-Veranlagung-Beitrag

Zur periodengerechten Darstellung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember 2016 anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen 2016 eine Berechnung der sich daraus für die Vorjahre ergebenden Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen wurden im Geschäftsjahr 2016 unter den Beitragseinnahmen ertragswirksam gebucht.

Diese belaufen sich auf:

	31.12.2015	31.12.2016
	in EUR	in EUR
Beitragsansprüche	1.446,01	3.822,04
- davon laufendes Jahr	442,52	1.559,75
- davon Vorjahre	1.003,49	2.262,29
Erstattungsverpflichtungen	-34.716,41	-1.391,94
- davon laufendes Jahr	-3.731,32	-50,00
- davon Vorjahre	-30.985,09	-1.341,94
Saldo	-33.270,40	2.430,10

Honorare für Abschlussprüfungsleistungen

Das Honorar für die Abschlussprüfung wird im Wege eines Umlageverfahrens erhoben. Berechnungsgrundlage des Umlageverfahrensanteils ist der Durchschnitt des in den letzten drei Jahren angefallenen Stundenaufwands für diese Tätigkeiten je IHK am Gesamtaufwand. IHK übergreifende Gemeinschaftsleistungen werden durch Grundbeiträge sowie andere Bestätigungsleistungen und sonstigen Leistungen mittels Tages- und Stundensätzen abgerechnet. Die jeweiligen Honorare enthalten anteilige Gemeinkosten und unterliegen dem Kostendeckungsprinzip.

Mitglieder der Vollversammlung, des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung

Eine Übersicht über die Mitglieder der aktuellen Vollversammlung ist aus Gründen der Übersichtlichkeit des Abschlusses auf unserer Homepage [www.ihk-kassel.de/ Über Uns/](http://www.ihk-kassel.de/Über%20Uns/) Ehrenamt einsehbar.

Präsident	Jörg Ludwig Jordan
	W. & L. Jordan GmbH, 34134 Kassel
Vizepräsidenten	Prof. Dr. h. C. Ludwig Georg Braun
	Ludwig G. Braun Verwaltungs GmbH, 34212 Melsungen
	Dr. Friedrich Freiherr Waitz von Eschen
	POLYMA Energiesysteme GmbH, 34123 Kassel
Präsidiumsmitglieder	Reinhard Bauer
	Horn & Bauer GmbH & Co. KG, 34613 Schwalmstadt
	Andreas Fehr
	FEHR Umwelt und Verfahrenstechnik GmbH, 34253 Lohfelden
	Hans-Jürgen Germerodt
	Karl Werkmeister, 37281 Wanfried
	Heidi Hornschu-Baumbach
	Porzellanhaus Hornschu GmbH, 34117 Kassel
	Eugen Jung
	Jung Spedition GmbH, 34121 Kassel
	Wolfram Klawe
	G. Klawe GmbH, Holzwaren- u. Spulenfabrik, 35114 Haina/Kloster
	Dr. Heidemarie Krüger
	Dr. Krüger Personalberatung, 34117 Kassel
	Detlef Kümper
	Versicherungsbüro (BVK), 34225 Baunatal
	Stefan Lange
	LANGE & CO. KG, 34123 Kassel
	Peter Lather
	Lather Kommunikation, 35102 Lohra
	Horst Müller
	Bickhardt Bau AG, 36275 Kirchheim
	Martin Schmitt
	Kasseler Bank eG Volksbank Raiffeisenbank, 34117 Kassel
	Prof. Dr. Martin Viessmann
	Viessmann Werke GmbH & Co. KG, 35108 Allendorf
	Karl-Otto Winter
	Kreissparkasse Schwalm-Eder, 34212 Melsungen
Hauptgeschäftsführerin	Sybille von Obernitz
Stv. Hauptgeschäftsführer	Oskar Edelmann
Stv. Hauptgeschäftsführer	Ulrich Spengler

Personalübersicht

Personalstand	IST- 2015		IST- 2016		IST- 2016
	Köpfe	Kapazität (PJ)	Köpfe	Kapazität (PJ)	Gehälter in €
Kernpersonal					
Führungskräfte	6	6	5	5	695.800
Wissenschaftliche Mitarbeiter	36	31,05	35	30,46	2.037.000
Sachbearbeiter, Assistenten und technische Mitarbeiter	71	57,55	69	57,34	2.683.600
Summe	113	94,6	109	92,80	5.416.400
Sonstige					
Mitarbeiter für Projekte u.ä.	1	1	1	1	XXX
Personalgestellung	2	1,75	2	1,75	XXX

Gesamtsumme	116	97,35	112	95,55	XXX
--------------------	------------	--------------	------------	--------------	------------

davon					
in Teilzeit	47	XXX	43	XXX	XXX
befristet	9	XXX	9	XXX	XXX
in ATZ aktiv	0	XXX	0	XXX	XXX

außerdem

Auszubildende	7	XXX	7	XXX	XXX
Trainees	0	XXX	1	XXX	XXX
Praktikanten	0	XXX	1	XXX	XXX
Mitarbeiter in Elternzeit/ Mutterschutz	4	XXX	6	XXX	XXX
ATZ inaktiv	1	XXX	1	XXX	XXX
Sondereinrichtungen	0	XXX	0	XXX	XXX
Geringfügig Beschäftigte	2	XXX	2	XXX	XXX

Kassel, 28. April 2017

Jörg Ludwig Jordan
Präsident

Sybille von Obernitz
Hauptgeschäftsführerin

Anlagenspiegel der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2016

Anlage 1-6.1

Posten der Bilanz	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen						Restbuchwerte	Restbuchwerte
	Anfangs-	Zugänge	Um-	Abgänge	Endstand	Anfangs-	Abschrei-	Um-	Zuschrei-	Abgänge	Endstand	31.12.2016	31.12.2015
	bestand		buchungen			bestand	bungen des	buchungen	bungen des				
	01.01.2016				31.12.2016	01.01.2016	Geschäfts-		Geschäfts-		31.12.2016		
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	jahres	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte (A.I.1.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten (A.I.2.)	524.538,49	40.331,59	11.995,20	657,00	576.208,28	441.762,89	72.487,39	0,00	0,00	657,00	513.593,28	62.615,00	82.775,60
2. Geleistete Anzahlungen (A.I.3.)	11.995,20	0,00	-11.995,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.995,20
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	536.533,69	40.331,59	0,00	657,00	576.208,28	441.762,89	72.487,39	0,00	0,00	657,00	513.593,28	62.615,00	94.770,80
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken (A.II.1.)	8.656.176,45	15.074,13	0,00	0,00	8.671.250,58	1.131.861,20	129.956,13	0,00	0,00	0,00	1.261.817,33	7.409.433,25	7.524.315,25
2. Technische Anlagen und Maschinen (A.II.2.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (A.II.3.)	1.059.901,40	58.043,99	0,00	163.252,78	954.692,61	812.915,40	40.072,99	0,00	0,00	163.252,78	689.735,61	264.957,00	246.986,00
3. Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau (A.II.4.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	9.716.077,85	73.118,12	0,00	163.252,78	9.625.943,19	1.944.776,60	170.029,12	0,00	0,00	163.252,78	1.951.552,94	7.674.390,25	7.771.301,25
1. Anteile an verbundenen Unternehmen (A.III.1.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbund. Unternehmen (A.III.2.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Beteiligungen (A.III.3.)	215.984,81	0,00	0,00	0,00	215.984,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	215.984,81	215.984,81
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (A.III.4.)	31.491,39	0,00	0,00	0,00	31.491,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	31.491,39	31.491,39
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (A.III.5.)	1.780.000,00	1.000.000,00	0,00	0,00	2.780.000,00	789.870,00	0,00	0,00	9.870,00	0,00	780.000,00	2.000.000,00	990.130,00
5. Festgelder des Anlagevermögens (A.III.5.)	12.519.338,58	2.983.330,95	0,00	5.452.999,00	10.049.670,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.049.670,53	12.519.338,58
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche (A.III.6.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	14.546.814,78	3.983.330,95	0,00	5.452.999,00	13.077.146,73	789.870,00	0,00	0,00	9.870,00	0,00	780.000,00	12.297.146,73	13.756.944,78
Anlagevermögen insgesamt	24.799.426,32	4.096.780,66	0,00	5.616.908,78	23.279.298,20	3.176.409,49	242.516,51	0,00	9.870,00	163.909,78	3.245.146,22	20.034.151,98	21.623.016,83

Risikoprognose für die Ausgleichsrücklage zum 31. Dezember 2016

gemäß Nachtrags-Wirtschaftsplan 2016

Kategorie	Bezugsgröße	Betrag in €	Ausfallrisiko bzw. Eintrittswahrscheinlichkeit	Risikobetrag (min) in €	Risikobetrag (max) in €	Erläuterung
IHK-Beiträge						
Konjunkturelle Risiken	5-JahresØ Umlage lfd. Jahr und Vorjahre	7.072.429	7 % auf 3 Jahre	1.485.210	1.485.210	Preisbereinigtes hessisches BIP während der Wirtschaftskrise (-7,2%)
Abrechnung vorläufig veranlagter Beitragsbescheide	5-JahresØ Umlage Vorjahre	2.092.028	50%	1.046.014	1.046.014	5-JahresØ
Ausfall großer Beitragszahler (Klumpenrisiko)	lfd. Umlage der TOP 10 Beitragszahler	2.129.190	100%	638.757	638.757	Ø Ausfall der lfd. Umlage von 3 TOP Beitragszahler
Mögliche Verfassungswidrigkeit der Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform	Σ 2008 - 2015 aus Hinzurechnungen	4.307.000 bis 5.384.000	< 10 %	430.700	538.400	Beitragsumlagen 2008 bis 2015
Folgen Urteil (Rücklagen) BVerwG 2015	noch nicht endgültig veranlagte Beiträge	12.075.490	Min. 10 % Max. 25 %	1.207.549	3.018.873	noch nicht endgültig veranlagte Beiträge der letzten 3 Jahre
Gebühren						
Schwankungen der Gebühreneinnahmen	Gebühreneinnahmen	2.509.300	gem. Risikoanalyse	496.000	1.190.000	gem. Risikoanalyse deckt Risiken z.B. aus Fehlplanung, gesetzlichen Änderungen, Nachfragerückgang ab
Entgelte						
Schwankungen der Entgelteinnahmen	Entgelteinnahmen	274.800	gem. Risikoanalyse	48.000	119.000	gem. Risikoanalyse deckt Risiken z.B. aus Fehlplanung, Nachfragerückgang ab
weitere Risiken						
Zinsrisiko aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen aufgrund der Niedrigzinsphase	Verpflichtungen für laufende Pensionen und unverfallbare Anwartschaften	2.073.549	1	2.073.549	2.073.549	Erstellung von Langzeitgutachten mit alternativen Zinssatz zum Vergleich
Gesamt				7.425.779	10.109.803	

Rückstellungsspiegel der IHK Kassel-Marburg zum 31. Dezember 2016

	01.01.2016	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	Aufzinsung	31.12.2016
Rückstellungen							
1. Rückstellungen für Pensionen							
37000 Verpflichtungen für laufende Pensionsfälle und							
37010 für unverfallbare Anwartschaften	8.996.910,00 €	124.677,24 €	0,00 €	344.205,24 €	710.308,00 €	338.075,00 €	8.844.205,00 €
	8.996.910,00 €	124.677,24 €	0,00 €	344.205,24 €	710.308,00 €	338.075,00 €	8.844.205,00 €
2. Steuerrückstellungen							
38100 Rückstellung für Körperschaftsteuer und Kapitalertragst	239.324,00 €	26.032,50 €	213.291,50 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
38200 Rückstellung für Gewerbesteuer	206.280,00 €	0,00 €	206.280,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
38400 Rückstellung für Umsatzsteuer	95.000,00 €	0,00 €	95.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	540.604,00 €	26.032,50 €	514.571,50 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Sonstige Rückstellungen							
39004 Rückstellung für Beihilfen	759.624,00 €	32.180,00 €	0,00 €	103.313,00 €	0,00 €	28.648,00 €	859.405,00 €
39003 Rückstellung für Sonderzuwendungen	372.211,00 €	21.811,47 €	0,00 €	48.620,47 €	0,00 €	14.220,00 €	413.240,00 €
39301 Rückstellung für Altersteilzeit	198.517,00 €	68.018,52 €	0,00 €	- 620,48 €	0,00 €	3.561,00 €	133.439,00 €
39500 Rückstellung für aufbewahrungspflichtige Unterlagen	198.100,00 €	5.057,65 €	37.742,35 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	155.300,00 €
39001 Rückstellung für Resturlaub	142.538,16 €	142.538,16 €	0,00 €	153.093,21 €	0,00 €	0,00 €	153.093,21 €
39903 Rückstellung für Zinsen gem. § 233 a AO	111.396,00 €	0,00 €	111.396,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
39002 Rückstellung für Überstunden	106.032,71 €	106.032,71 €	0,00 €	111.494,99 €	0,00 €	0,00 €	111.494,99 €
39400 Rückstellung für Jahresabschlussarbeiten	62.680,00 €	61.376,95 €	1.303,05 €	57.400,00 €	0,00 €	0,00 €	57.400,00 €
39200 Rückstellung für Rechts- und Beratungskosten	31.500,00 €	978,18 €	9.021,82 €	10.000,00 €	0,00 €	0,00 €	31.500,00 €
39901 Rückstellung für Beiträge Berufsgenossenschaft	33.000,00 €	33.000,00 €	0,00 €	35.000,00 €	0,00 €	0,00 €	35.000,00 €
39902 Rückstellung für ausstehende Prüferentschädigungen	31.000,00 €	22.097,37 €	8.902,63 €	30.000,00 €	0,00 €	0,00 €	30.000,00 €
39900 Rückstellung für ausstehende Rechnungen	20.100,00 €	19.096,75 €	1.003,25 €	19.600,00 €	0,00 €	0,00 €	19.600,00 €
	2.066.698,87 €	512.187,76 €	169.369,10 €	567.901,19 €	0,00 €	46.429,00 €	1.999.472,20 €
	11.604.212,87 €	662.897,50 €	683.940,60 €	912.106,43 €	710.308,00 €	384.504,00 €	10.843.677,20 €

Plan- Ist- Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2016 – Mindestgliederung der IHK Kassel-Marburg

	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
	€	€	€	€	€	€
1. Erträge aus IHK-Beiträgen					10.623.000,00	10.646.149,30
davon: - Erträge IHK-Beiträge Vorjahre			1.767.000,00	1.766.328,18		
davon: - Grundbeiträge Vorjahre	209.000,00	201.947,50				
- Umlagen Vorjahre	1.558.000,00	1.564.380,68				
- Erträge IHK-Beiträge lfd. Jahr			8.856.000,00	8.879.821,12		
davon: - Grundbeiträge lfd. Jahr	3.544.000,00	3.513.325,00				
- Umlagen lfd. Jahr	5.312.000,00	5.366.496,12				
2. Erträge aus Gebühren					2.509.300,00	2.544.856,89
davon: - Erträge aus Gebühren Berufsbildung			1.083.000,00	1.094.529,62		
- Erträge aus Gebühren Weiterbildung			321.000,00	323.935,00		
- Erträge aus sonstigen Gebühren			1.105.300,00	1.126.392,27		
3. Erträge aus Entgelten					274.800,00	308.666,41
davon: - Verkaufserlöse			32.900,00	35.145,08		
- Entg. a. Lehrgang, Seminaren, Veranstalt.			241.900,00	273.521,33		
4. Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Leistungen					0,00	-65.298,74
5. Andere aktivierte Eigenleistungen					0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge					1.240.500,00	1.352.430,08
davon: - Erträge aus Erstattungen			287.600,00	301.857,22		
- Erträge aus öffentlichen Zuwendungen			63.000,00	82.555,03		
- Erträge aus Abführung von Mitteln an gesonderte Wirtschaftspläne			0,00			
Betriebserträge (Summe)					14.647.600,00	14.786.803,94
7. Materialaufwendungen					-2.178.000,00	-2.202.617,34
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			-108.600,00	-109.731,18		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			-2.069.400,00	-2.092.886,16		
davon: Fremdleistungen	-884.750,00	-896.241,26				
davon: Honorare Dozenten	-263.000,00	-252.997,88				
davon: Prüferentschädigungen	-921.650,00	-950.690,79				
8. Personalaufwand					-8.069.400,00	-8.224.253,89
a) Gehälter			-5.743.550,00	-5.784.203,24		
davon: - Gehälter aus unbefristeten und befristeten Arbeitsverhältnissen	-5.668.550,00	-5.708.377,11				
- Ausbildungsvergütungen	-75.000,00	-75.826,13				
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung			-2.325.850,00	-2.440.050,65		
davon: - Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	-953.850,00	-986.447,47				
- Beihilfen und Unterstützung	-52.500,00	-52.965,93				
- Renten- und Hinterbliebenenversorgung	0,00	0,00				
- Vorsorge	-1.284.500,00	-1.365.637,25				
9. Abschreibungen					-249.800,00	-242.516,51
a) Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			-249.800,00	-242.516,51		
davon: - Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	-130.000,00	-129.956,13				
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten			0,00	0,00		
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen					-4.681.800,00	-4.496.594,07
davon: - Sonstiger Personalaufwand			-136.900,00	-132.094,30		
- Mieten, Pachten, Erbbauzinsen und Leasing			-326.900,00	-307.134,36		
- Aufwendungen für Fremdleistungen			-689.750,00	-707.573,38		
- Rechts- und Beratungskosten			-167.900,00	-159.991,15		
- Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation			-433.600,00	-417.619,19		
- Präsidentenfonds			0,00	0,00		
- Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation außer Präsidentenfonds			-218.300,00	-203.972,58		
- Aufwendungen DIHK			-510.000,00	-510.582,66		
- Zuwendungen			0,00	0,00		
- Aufwendungen Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattung			-754.900,00	-648.431,61		
- Zuführung an gesonderte Wirtschaftspläne			0,00	0,00		
Betriebsaufwand					-15.179.000,00	-15.165.981,81
Betriebsergebnis					-531.400,00	-379.177,87
11. Erträge aus Beteiligungen					0,00	0,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					70.000,00	77.303,71
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge					766.000,00	788.901,45
davon: - Erträge aus Abzinsung			689.000,00	710.308,00		
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens					0,00	0,00
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					-384.500,00	-384.644,75
davon: - Aufwendungen aus Aufzinsung			-384.500,00	-384.504,00		
Finanzergebnis					451.500,00	481.560,41
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit					-79.900,00	102.382,54

Plan- Ist- Vergleich Gewinn- und Verlustrechnung 2016 – Mindestgliederung der IHK Kassel-Marburg

	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
	€	€	€	€	€	€
16. Außerordentliche Erträge					0,00	0,00
17. Außerordentliche Aufwendungen					0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis					0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					26.000,00	26.032,50
19. Sonstige Steuern					272.600,00	271.742,72
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					218.700,00	400.157,76
21. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					0,00	0,00
Einstellung in die Kapitalrücklage					0,00	0,00
22. Entnahmen aus Rücklagen					1.612.300,00	1.392.246,90
a) aus der Ausgleichsrücklage			755.300,00	611.043,84		
b) aus anderen Rücklagen			857.000,00	781.203,06		
- davon: Liquiditätsrücklage	0,00	0,00				
- davon: andere Rücklagen	857.000,00	781.203,06				
23. Einstellungen in Rücklagen					-1.831.000,00	-1.792.404,66
a) in die Ausgleichsrücklage			0,00	0,00		
b) in andere Rücklagen			-1.831.000,00	-1.792.404,66		
- davon: Liquiditätsrücklage	0,00	0,00				
- davon: andere Rücklagen	-1.831.000,00	-1.792.404,66				
Bilanzgewinn / Bilanzverlust					0,00	0,00

Plan-/Ist-Vergleich Finanzrechnung 2016 der IHK Kassel-Marburg - Mindestgliederung				
	Plan 2016 €	Ist 2016 €	Plan 2016 €	Ist 2016 €
1. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag ohne außerordentliche Posten			218.700,00	400.157,76
2a. + Abschreibungen			249.800,00	242.516,51
- Zuschreibungen			0,00	-9.870,00
2b. - Erträge Auflösung Sonderposten			0,00	0,00
3a. Veränderungen Rückstellungen			-324.200,00	-760.535,67
+ Aufwendungen Zuführung Rückstellungen	301.800,00	0,00		
- Erträge Auflösung Rückstellungen	-626.000,00	-760.535,67		
3b. Veränderungen Rechnungsabgrenzungsposten				
+ Bildung Passive RAP	XXX	989,26	XXX	17.593,84
+ Auflösung Aktive RAP	XXX	16.604,58		
- Auflösung Passive RAP	XXX	0,00		
- Bildung Aktive RAP	XXX	0,00		
4. Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge			XXX	0,00
+ Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen	XXX	0,00		
- Sonstige zahlungsunwirksame Erträge	XXX	0,00		
5. Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens			XXX	0,00
+ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	0,00		
- Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	XXX	0,00		
6. Veränderung aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK- Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind			XXX	289.544,78
+ Abnahme	XXX	287.337,37		
- Zunahme	XXX	-44.880,16		
7. Veränderung aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK- Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind			XXX	99.714,34
+ Zunahme	XXX	141.066,95		
- Abnahme	XXX	-57.496,66		
8. Außerordentliche Posten			XXX	0,00
+ Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	XXX	0,00		
- Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	XXX	0,00		
9. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit			144.300,00	279.121,56
10. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens			0,00	0,00
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen			-76.700,00	-73.118,12
a) Grundstücke und Gebäude				
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	-14.000,00	-15.074,13		
Teilsomme	0,00	0,00		
b) Technische Anlagen				
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	0,00	0,00		
Teilsomme	0,00	0,00		
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung				
➢ Einzelmaßnahme: Neumöblierung der Seminarräume Gobietstraße 13	-26.000,00	-25.917,01		
➢ Verpflichtungsermächtigung	0,00	0,00		
➢ Fahrzeuge	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	-36.700,00	-32.126,98		
Teilsomme	-62.700,00	-58.043,99		
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens			0,00	0,00
13. - Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens			-50.200,00	-40.331,59
➢ Einzelmaßnahmen	0,00	0,00		
➢ pauschal veranschlagt	-50.200,00	-40.331,59		
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens			1.500.000,00	1.500.000,00
➢ Abgang von Beteiligungen	0,00	0,00		
➢ Abgang von Wertpapieren/Festgeldern	1.500.000,00	1.500.000,00		
➢ Abgang von Rückdeckungsansprüchen	0,00	0,00		
➢ Abgang von sonstigen Finanzanlagen	0,00	0,00		
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen			-53.000,00	-30.331,95
➢ Zugang von Beteiligungen	0,00	0,00		
➢ Zugang von Wertpapieren/Festgeldern	-53.000,00	-30.331,95		
➢ Zugang von Rückdeckungsansprüchen	0,00	0,00		
➢ Zugang von sonstigen Finanzanlagen	0,00	0,00		
16. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit			1.320.100,00	1.356.218,34
17. Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten und aus Investitionszuschüssen			0,00	0,00
a) Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-)Krediten				
➢ Investitionskredite	0,00	0,00		
➢ Kassenkredite	0,00	0,00		
Teilsomme Kreditaufnahme	0,00	0,00		
b) Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuschüssen	0,00	0,00		
18. - a) Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-)Krediten			0,00	0,00
➢ Investitionskredite	0,00	0,00		
➢ Kassenkredite	0,00	0,00		
b) Auszahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00		
19. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit			0,00	0,00
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe der Zeilen 9, 16 und 19)			1.464.400,00	1.635.339,90
21. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode			XXX	1.147.478,10
22. = Finanzmittelbestand am Ende der Periode			XXX	2.782.818,00

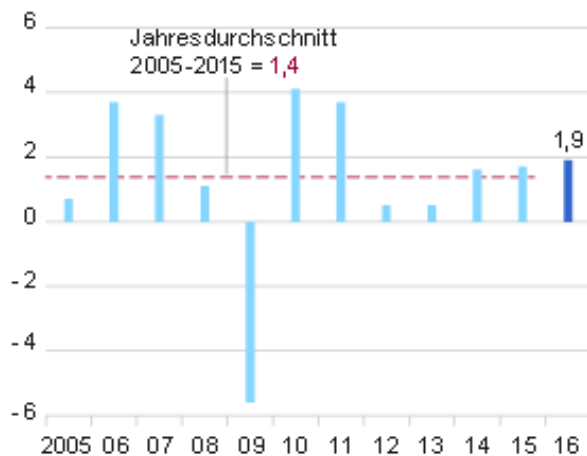
Lagebericht der IHK Kassel-Marburg für das Geschäftsjahr 2016

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: 2015 um 1,7 % und 2014 um 1,6 %. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,4 % lag.

Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 war die inländische Verwendung: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit +4,2 % sogar noch deutlich stärker. Dieser kräftige Anstieg ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen. Insgesamt legten die Konsumausgaben um 2,5 % zu und waren auch im Jahr 2016 die größte, jedoch nicht die einzige Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums. Auch die Investitionen trugen ihren

Teil dazu bei: Die preisbereinigten Bauinvestitionen stiegen im Jahr 2016 kräftig um 3,1 %, was vor allem an höheren Investitionen für Wohnbauten lag. In Ausrüstungen – das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – wurde mit + 1,7 % ebenfalls mehr investiert als ein Jahr zuvor.

Die eigene IHK-Konjunkturumfrage stützt die Prognose des Sachverständigenrates. Der IHK-Klimaindex liegt bei guten 117,2 Punkten und pendelt somit eng um den Vorjahreswert. Insgesamt erwartet die Wirtschaft in Nordhessen und Marburg ein moderates Wachstum.

2. Geschäftsverlauf und Lage der IHK im abgelaufenen Geschäftsjahr

Der Geschäftsverlauf 2016 stellte sich zum ursprünglichen Wirtschaftsplan 2016 aufgrund einiger im Laufe des Jahres eingetretenen Sondereffekte besser dar, so dass die Vollversammlung einen Nachtragswirtschaftsplan für 2016 in ihrer Dezember-Sitzung am 6. Dezember 2016 beschlossen hat.

Diese Ergebnisverbesserung beruht auf Einmaleffekten hauptsächlich aus der Auflösung von Steuerrückstellungen und Steuerrückzahlungen aufgrund einer positiven Einspruchsentcheidung seitens des Finanzamtes Ende des Jahres, sowie auf Umstellungseffekten aus der handelsrechtlicher Umstellung von 7 auf 10 Jahre bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen.

Trotz des durch die Einmaleffekte positiven Jahresergebnisses in Höhe von 400 T€ ist das Betriebsergebnis mit 379 T€ negativ. Dies zeigt, dass der Haushalt der IHK insbesondere aufgrund des Rückgangs der Beitragserträge aus Vorjahren ein strukturelles Defizit aufweist. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, hat sich die IHK in ihren entscheidungsrelevanten Gremien intensiv mit der Analyse der Aufwandsstruktur, mit Einsparungseffekten auf der Aufwandseite und der zukünftigen Ertrags- und Rücklagenentwicklung befasst. Daraus folgte eine Beschlussfassung der Vollversammlung über eine Anpassung der Gebühren in der Aus- und Weiterbildung sowie eine moderate Beitragserhöhung ab dem Wirtschaftsjahr 2017. Dabei stand im Vordergrund, die Handlungsfähigkeit der IHK als leistungsfähige, zukunftsorientiert ausgerichtete und impulsgebende Organisation zu sichern.

Weiterhin war aufgrund der neusten Rücklagen-Rechtsprechungen die mittelfristige Entwicklung der Rücklagen, deren sachliches Erfordernis sowie die Angemessenheit der Höhe der bestehenden Rücklagen ein weiteres Schwerpunktthema in den entscheidungsrelevanten Gremien. Die von der Geschäftsführung im Rahmen der Beschlussfassung des Nachtrags-

wirtschaftsplans 2016 hinterlegten Rücklagendotierungen wurden als sachgerecht befunden. Die Dotierung der Ausgleichsrücklage, die dem Ausgleich aller ergebniswirksamen Schwankungen zur Sicherung der Aufgabenerfüllung einer IHK dient, deckt mit 63,3 % die minimale Schadenssumme der Risikoprognose ab und ist von der Vollversammlung als ausreichend befunden worden.

Der Mitgliederbestand der IHK betrug zum 31. Dezember 2016 75.890 Unternehmen (Vorjahr: 75.584). Dabei lag die Anzahl der IHK-zugehörigen eingetragenen Firmen bei 14.604 (Vorjahr: 14.405) und die Anzahl der IHK-zugehörigen nicht eingetragenen Gewerbetreibenden bei 59.257 (Vorjahr: 59.243). Von der Beitragspflicht befreit waren in 2016 49,7 % (Vorjahr: 50,1 %). Die Anzahl der grundbeitragsveranlagten IHK-Mitglieder lag bei 31.658 (Vorjahr: 31.694). 35 % der Beitragseinnahmen (Vorjahr: 36,7 %) wurden durch die Veranlagung des Grundbeitrages generiert.

3. Inhaltliche Schwerpunkte der IHK-Arbeit

Ziel der IHK-Arbeit ist die Förderung der Wirtschaftsregion Nordhessen und Marburg und deren Weiterentwicklung zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort im Sinne des Gesamtinteresses der Mitgliedsunternehmen. In allen Kompetenzfeldern, also sowohl bei der Interessenvertretung, dem Unternehmensservice als auch bei den hoheitlichen Aufgaben versteht sich die IHK als Unternehmerorganisation und kundenorientierter Dienstleister und wird die Kunden- und Vertriebsorientierung weiter verstärken.

Im Jahr 2016 hat die IHK mehr als 10.000 Abschluss- und Zwischenprüfungen im Bereich der Ausbildung sowie mehr als 1.500 Fortbildungsprüfungen organisiert und betreut. Unterstützt wird die IHK dabei durch rund 390 Prüfungsausschüsse und mehr als 2.700 ehrenamtliche Fachprüfer, die ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IHK regelmäßig weitergebildet wurden.

Weiterhin hat die IHK 399 neue Ausbildungsplätze in 281 neuen Ausbildungsbetrieben akquiriert. Die Gesamtzahl der registrierten Auszubildenden lag bei 4.550 (Vorjahr: 4.461). Des Weiteren wurden 91 Einstiegsqualifikationen von den Betrieben bereitgestellt (Stand: 31. Dezember 2016). Die Bildungsberatung der IHK hat mehr als 1.300 Unternehmen besucht und war an insgesamt knapp 360 Veranstaltungen, Netzwerksitzungen und zahlreichen Bildungsmessen im IHK-Bezirk beteiligt.

Bei der Umsetzung der bis Ende 2017 verlängerten Initiative „Verbesserung der Ausbildungsreife und Vertiefung der Berufsorientierung“ standen das Konzept „Berufswahlbüro“ und die Besuche der „Praktiker-Teams“ in den Schulen im Vordergrund. Seit 2011 haben an den mehr als 1.800 Veranstaltungen mit externen „Praktiker-Teams“ mehr als 25.000 Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Zwei neue Berufswahlbüros wurden eingerichtet und zahlreiche Berufswahlbüros wurden in die Verantwortung der Schulen übertragen.

Nach der flächendeckenden Einführung der lokalen Netzwerke „Haus der kleinen Forscher“ (IHK-Forscherkids) im IHK-Bezirk sowie der finanziellen Unterstützung des Schülerforschungszentrum Nordhessen und des Chemikums in Marburg sind die MINT-Förderaktivitäten durch die Initiierung des MINT-Forum Nordhessen ausgeweitet worden.

Weitere Schwerpunkte im Bereich der beruflichen Bildung in 2016 waren im Wesentlichen

- die Umsetzung der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ mit dem zentralen Ziel, die duale Berufsausbildung aufzuwerten und zu stärken,
- die Integration von Flüchtlingen in Praktikum und Ausbildung. Hierzu hat die IHK zahlreiche Angebote und Maßnahmen für ihre Mitgliedsbetriebe entwickelt, um effektiv beim Integrationsprozess der meist jungen Flüchtlinge zu unterstützen und erfolgreich am Aufbau eines Netzwerkes zur Arbeitsmarktintegration mitgewirkt.
- Die Unterstützung der Unternehmen bei der Sicherung ihres Fachkräftebedarfs insbesondere durch intensive Werbung für die duale Berufsausbildung und Stärkung der beruflichen Weiterbildung.

Im Zuge des Schwerpunktthemas Wirtschaft DIGITAL wurden die Aktivitäten der IHK in diesem Bereich intensiviert und 43 Veranstaltungen im IHK-Bezirk zur digitalen Transformation durchgeführt. Eine entsprechende Leistungsbilanz enthält die im Dezember von der IHK herausgegebene Broschüre „Wirtschaft Digital – Mit Ihrer IHK in der Ära 4.0“. In diesem Zusammenhang wurde das innovative Projekt „Autonomes Fahren Marburg“ erfolgreich angeschoben. Zudem wurden die Unternehmen durch die neu aufgelegte Broschüre „Digitalisierungstrends in Nordhessen“, die eine Auswahl von Beispielen zur Umsetzung von Digitalisierungstrends in Unternehmen der Region enthält, unterstützt.

Ein weiterer Themenschwerpunkt war die Vertretung des Gesamtinteresses auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene wie z.B. durch die kommunalpolitischen Positionen der IHK zu den Themen Gewerbesteuer, Fachkräftesicherung, Infrastruktur, interkommunale Zusammenarbeit, Sicherung der Mittelzentren und Erhalt der Altstädte.

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordhessen und Marburg hat sich die IHK zudem für die ausreichende Versorgung mit Gewerbeflächen sowie die Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt. In vielen Stellungnahmen und Gesprächen mit politischen Entscheidern hat die IHK im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten wie die A 44, A 49, B 252, B 508n, Nordumgehung Kassel, Wasserstraße Fulda-Weser inkl. Umschlagstelle in Hannoversch-Münden, Breitbandausbau in der Fläche und Schienenanbindung Marburg-Kassel die Interessen der Wirtschaft vertreten. Ein besonderes Engagement erfolgte für die Etablierung einer Businessflugverbindung ab dem Airport Kassel. Weitere Themen waren z.B. der Innentdialog Kassel (inkl. Parkgebühren und Tourismuskonzept), die Verkehrsentwicklung in der Marburger Nordstadt oder auch die Innenstadtbefragung „Vitale Innenstädte“.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führten im Jahr 2016 mehrere tausend Beratungsgespräche durch. Einen großen Anteil daran hatten neben der Aus- und Weiterbildungsberatung, die Beratungen für Existenzgründer, die Außenwirtschaftsberatung (u.a. durch die Einführung des Unionszollkodex, der länderspezifische Umgang mit Sanktionen im Iran und in Russland sowie der Umgang mit dem Brexit) sowie die Rechtsauskünfte. Unterstützt wurden die Unternehmen ebenfalls durch die Entwicklung neuer Broschüren (u. a. alternative Finanzierungsformen, Leitfaden Personalgewinnung).

Im Zusammenhang mit den sprunghaft gestiegenen Flüchtlingszahlen wurde eine z. T. um das 20-fache gestiegene Nachfrage im Bereich des Bewachungsgewerbes bewältigt. Zudem wurde die Immobiliendarlehensvermittlungsverordnung umgesetzt.

II. Vermögens-, Finanz-, Ertragsentwicklung und -lage

Vermögens- und Finanzlage

Im Vergleich zum Vorjahr verringert sich die Bilanzsumme um TEUR 260 auf TEUR 24.690.

Das Vermögen ist im Wesentlichen vom Wert der beiden Gebäude und dem der Finanzanlagen geprägt. Es setzt sich überwiegend zusammen aus TEUR 20.034 langfristigem Anlagevermögen sowie TEUR 4.585 kurzfristigem Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen hat gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.589 abgenommen. Während die regulären Abschreibungen der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen die getätigten Investitionen übersteigen, nehmen auch die Finanzanlagen durch die geplanten Umschichtungen in das Umlaufvermögen in Höhe von TEUR 1.460 ab. Das Umlaufvermögen, das der Finanzierung

des laufenden IHK-Betriebes dient, hat sich im Vorjahresvergleich um 41,6 % erhöht. Dabei hat sich hauptsächlich der Bestand der liquiden Mittel von TEUR 1.147 auf TEUR 2.783 erhöht. Dieser Bestand reicht aus, um den zahlungswirksamen Personal- und Sachaufwand für 2,5 Monate zu finanzieren.

Die Eigenkapitalquote hat sich von 51,0 % auf 53,2 % erhöht.

Die Rücklagen in Höhe von TEUR 13.126 und die Rückstellungen in Höhe von TEUR 10.844 davon TEUR 8.844 für Pensionsverpflichtungen, sind zu 50,3 % durch das Finanzanlagevermögen gedeckt.

Ertragslage

Die Ertragslage der IHK ist im Geschäftsjahr 2016 geprägt durch den Wegfall der temporären 30 %-tigen Beitragskürzung und der einheitlichen Umlageerhebung in Höhe von 0,17 % des Gewerbeertrages bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb ab dem Veranlagungsjahr 2016. Die Erträge aus IHK-Beiträgen entwickelten sich somit um TEUR 3.575 über den Vorjahreswerten, wobei sich der starke Einbruch bei den Beiträgen aus Vorjahren auch noch in 2016 auswirkt.

Die Erträge aus Gebühren in Höhe von TEUR 2.545 übersteigen ebenfalls den Vorjahreswert um TEUR 529. Die Mehrerträge resultieren im Wesentlichen aus der Unterrichtung für das Bewachungsgewerbe aufgrund der anhaltenden starken Nachfrage von Bewachungspersonal.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 673 T€ höher und lassen sich durch erhöhte Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen (515 T€ gegenüber Vorjahr 0 €) und der Auflösung von sonstigen Rückstellungen (169 T€ gegenüber Vorjahr 13 T€) überwiegend aus der Nichtinanspruchnahme der Rückstellung für Zinsen gemäß § 233 a AO aufgrund einer positiven Finanzamtsentscheidung im Zusammenhang mit der Erstellung der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft Nordhessen“ begründen.

Der Betriebsaufwand liegt mit TEUR 15.166 per Saldo geringfügig um TEUR 11 unter dem Vorjahreswert. Dabei übersteigt der Personalaufwand den Vorjahreswert um TEUR 353, wobei sich die Gehälter um TEUR 192 u.a. in Folge einer in 2015 verabredeten und in 2016 erfolgten Entgelterhöhung um 1,5 Prozentpunkte und einer Rückkehr aus einer Langzeiterkrankung ohne Lohnfortzahlung erhöhten.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR -379.

Das positive Finanzergebnis in Höhe von TEUR 482 ergibt sich hauptsächlich aus der Abzinsung bzw. Aufzinsung von Rückstellungen. Der sich aus der Änderung der Zinsbindungsdauer von 7 auf 10 Jahren ergebende Unterschiedsbetrag bei der Abzinsung der Rückstellung für Pensionen in Höhe von TEUR 710 ist als Zinsertrag ausgewiesen. Demgegenüber stehen Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 420.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 102.

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf TEUR 400 unter Berücksichtigung der vom Finanzamt zurückerstatteten Steuern in Höhe von TEUR 393.

Nach Vollzug der Rücklagenentnahmen (TEUR 1.392) und -einstellungen (TEUR 1.792) ergibt sich ein ausgeglichenes Bilanzergebnis.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen TEUR 113. Die Investitionen in das Sachanlagevermögen betragen TEUR 73 und in immaterielle Vermögensgegenstände TEUR 40.

III. Personalbericht

Die kontinuierliche Personalentwicklung wurde auch im Geschäftsjahr 2016 durch gezielte Seminare und Weiterbildungsangebote für die Fachkräfte der IHK fortgesetzt. Die IHK investierte TEUR 45 in die Weiterbildung und Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die IHK beschäftigte 2016 im Jahresdurchschnitt 112,5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (davon 9 befristet). Dies entspricht einer Kapazität (PJ) von 95,54 Vollzeitstellen. Sechs Mitarbeiterinnen befinden sich in Elternzeit bzw. Mutterschutz. Die Personalkapazität liegt auf dem Niveau des Planansatzes.

Von den 112 Beschäftigten arbeiten 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Teilzeitarbeitsverhältnis, das entspricht einer Quote von 38,4 %. Weiterhin wird das Altersteilzeitmodell von einem Mitarbeiter genutzt.

Die IHK bildet sieben Auszubildende in dem Berufsbild „Kaufmann/-frau für Bürokommunikation“ / „Kaufmann/-frau für Büromanagement“, IT-Auszubildender - und eine aus Eritrea

stammende Einstiegsqualifikantin aus.

IV. Prognosebericht

Die deutsche Wirtschaft bleibt trotz politischer Unsicherheiten rund um den Globus nach Einschätzung der Wirtschaftsweisen auf Wachstumskurs. Für 2017 korrigierten die Top-Wirtschaftsberater der Bundesregierung ihre Prognose leicht nach oben: "Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2017 im Aufschwung." Die Experten trauen Europas größter Volkswirtschaft nun ein Wachstum von 1,4 Prozent zu. Zuletzt war der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten von einem Plus von 1,3 Prozent ausgegangen.

Die eigene IHK-Konjunkturumfrage stützt die Prognose des Sachverständigenrates. Der IHK-Klimaindex liegt bei guten 117,2 Punkten und pendelt somit eng um den Vorjahreswert. Insgesamt erwartet die Wirtschaft in Nordhessen und Marburg ein moderates Wachstum.

Ausgewählte Prognosen für Deutschland 2017 lauten wie folgt:

HWWI Hamburg	1,1 %
DIW Berlin	1,2 %
DEKA Bank	1,5 %
Ifo	1,5 %

(Stand: April 2017)

Der DIHK geht von 1,6 % Wirtschaftswachstum und befindet sich damit in der oberen Range.

Die Beitragseinnahmen für das laufende Jahr 2017 entwickeln sich – gemäß der am Anfang April durchgeführten Hauptveranlagung – leicht über den Planwerten. Auch in den Bereichen der Erträge aus Gebühren und Entgelte lassen die derzeit vorliegenden Zahlen auf eine Erfüllung der Planzahlen schließen.

Auf der Aufwandseite sind ebenfalls keine großen Planabweichungen zu verzeichnen.

Die längerfristigen strategischen Ziele der IHK sind:

- Sensibilisierung und Unterstützung der regionalen Wirtschaft bei den mit der digitalen Transformation verbundenen Veränderungsprozessen
- Mitwirkung bei der Sicherstellung des Fachkräftebedarfs in Nordhessen und Marburg
- Bedarfsgerechter Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur vorantreiben
- Chancen der Energiewende nutzen – Auf Sicherheit und Preiswürdigkeit der Energiever-

sorgung hinwirken – Marktpotentiale erschließen

- IHK Kassel-Marburg als zeitgemäße unternehmerische Organisation voranbringen
- Unterstützung der Unternehmen bei der Stärkung vorhandener und Entwicklung neuer Innovationspotentiale
- Die Internationalisierung der Unternehmen stärken

Ausgehend vom Leitbild und den strategischen Zielen der IHK sind zentrale Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2017 festgelegt worden. Sie betreffen u.a. folgende Ziele und Aktivitäten:

Die Umsetzung der Schwerpunktthemen „Wirtschaft DIGITAL“ und "Menschen befähigen – Wirtschaft stärken" sowie der bis 2017 verlängerten IHK-Initiative „Verbesserung der Ausbildungsreife und Vertiefung der Berufsorientierung“, der weitere Ausbau der Aktivitäten zum Themenkomplex „Flüchtlinge durch Praktikum und Ausbildung integrieren“, Auswirkungen der Energiewende auf die Unternehmen und der „demographische Wandel mit den Aspekten Fachkräftesicherung, Familie und Beruf, Einfluss auf die Infrastruktur“ sind die TOP-Themen der nächsten Jahre. Die Stärkung des Industriestandorts, die Beratungskompetenz für bestehende Unternehmen, Existenzgründer und Nachfolgesituationen ausbauen, die Umsetzung der mit dem Bund und dem Land Hessen vereinbarten Aufgaben der Allianz für Aus- und Weiterbildung (2015 bis 2018) sowie des Bündnisses für Ausbildung (2015 bis 2019) sind weitere Aufgabenschwerpunkte.

Darüber hinaus sollen u.a. die „MINT-Aktivitäten“ der IHK insbesondere durch die Weiterentwicklung des in 2016 gegründeten „MINT-Forum Nordhessen“ gestärkt, die IHK-Medienkompetenz und die Agilität der Mitarbeiter gefördert werden. Auch werden weiterhin Maßnahmen der Effizienzverbesserung im Mittelpunkt der betriebswirtschaftlichen Steuerung der IHK stehen. Weitere Schwerpunkte sind der Ausbau zur digitalen IHK (eIHK), die Erarbeitung einer Strategie zur Neujustierung der Öffentlichkeitsarbeit, der Aufbau neuer Unternehmensnetzwerke, die Verstärkung der Vertriebsaktivitäten der IHK sowie der Implementierung neuer personalwirtschaftlicher Grundsätze für die IHK.

Weiteres Thema ist die Berücksichtigung von Gewerbegebieten im Verfahren des aktuellen Breitbandausbaus, insbesondere aber die nächste Ausbaustufe (Fibre-to-the-home, FTTH), mit durchgängiger Glasfasererschließung zeitgleich mit den Agglomerationen. Thema bleibt auch nach Vorstellung des Bundesverkehrswegeplans 2030 die abschließende Bestimmung der Trasse der A 44 bei Kaufungen, der zügige Bau der A 44, der A 49 und Ortsumgehungen der B 252, die Etablierung der B 508n, die Nordumgehung Kassels, der Ausbau der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft sowie die Stärkung des Einzelhandels in Ober- und Mittelzentren in enger Abstimmung mit der Entwicklung des Tourismus in der Region.

Deutlich intensiviert werden die Unternehmensbetreuung im Bereich der Unternehmensnachfolge sowie ein besseres Matching von neuen jungen Unternehmen mit etablierten Unternehmen zur Unterstützung der Start-Ups. In der Kreativwirtschaft werden neue Veranstaltungsformate mit dem Ziel der Vernetzung der Branche untereinander und mit potentiellen Auftraggebern entwickelt. Sobald es konkrete, unternehmensrelevante Ergebnisse bei den EU-Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt, werden diese thematisiert.

V. Chancen und Risikobericht

Die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IHK wird maßgeblich durch die konjunkturelle Lage im IHK-Bezirk geprägt, da das Beitragsaufkommen unmittelbar von der Ertragslage der Mitgliedsunternehmen abhängig ist.

Diese Abhängigkeit macht die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IHK generell anfällig für konjunkturelle Risiken, die erheblich sein können und sich zudem über mehrere Jahre erstrecken können. Ein strukturelles finanzielles Risiko besteht auch darin, dass rund 50 Unternehmen etwa 34,3 % der Beitragseinnahmen leisten. Veränderungen in einzelnen Unternehmen können damit unmittelbar die Ertragssituation der IHK in 2017 maßgeblich beeinflussen. Ein weiteres finanzielles Risiko besteht durch die Abrechnung vorläufig veranlagter Beitragsbescheide, die zu Rückzahlungen in nicht unerheblicher Höhe führen können.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 09. Dezember 2015 in einem Beitragsrechtstreit zur grundsätzlichen Zulässigkeit von Rücklagen präzisiert die rechtlichen Anforderungen an eine pauschale Rücklagenbildung. Eine Rücklagenhöhe ist zulässig, soweit ein in der Höhe bestehendes Risiko damit abgedeckt wird. Dieses Risiko muss in einer Prognose dargelegt werden, die aus ex-ante-Sicht sachgerecht und vertretbar ausfallen muss. Sich als überhöht erweisende Rücklagen sind baldmöglichst wieder auf ein zulässiges Maß zurückzuführen. Kann ein Risiko auch aus ex-ante Sicht in Höhe der gebildeten Rücklage nicht dargelegt werden, kann dies zur Rechtsfolge haben, dass der zugrundeliegende Wirtschaftsplan als Rechtsgrundlage damit mangelhaft und der Beitragsbescheid selbst rechtswidrig ist. Hieraus können sich höhere Rückzahlungsverpflichtungen seitens der IHK ergeben.

Bisher sind beim Verwaltungsgericht Kassel fünf Klagen gegen Beitragsfestsetzungen der IHK Kassel-Marburg in 2016 anhängig, die sich gegen die Höhe der Rücklagen richten.

Für den Ausgleich der mit den vorbenannten Risiken verbundenen möglichen ergebniswirksamen Schwankungen ist die Ausgleichsrücklage mit einer angemessenen Dotierung auszustatten. Der Haushaltsausschuss, das Präsidium und die Vollversammlung haben sich mit

dem sachlichen Erfordernis und der Angemessenheit der Höhe der bestehenden Ausgleichsrücklage befasst und diese als angemessen angesehen.

Außerdem können sich für die IHK Risiken aus der Gesetzgebung im Hinblick mit Reformansätzen zur Pflichtzugehörigkeit der Unternehmen ergeben, da die kritische Auseinandersetzung mit der IHK als Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft nach wie vor intensiv stattfindet. Derzeit wenden sich Unternehmen mit zwei Verfassungsbeschwerden gegen die gesetzliche Zugehörigkeit der gewerblichen Unternehmen bei den Industrie- und Handelskammern. Sie sehen sich dadurch in ihren Grundrechten verletzt und haben daher das Bundesverfassungsgericht um Prüfung angerufen.

Durch einen Nichtannahmebeschluss des Bundesverfassungsgerichts am 26. Februar 2016 in dem Verfahren über die Verfassungsmäßigkeit der mit dem Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 geänderten Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer ist noch keine Entscheidung in der Sache ergangen. Somit ist ein weiteres Verfahren zur Verfassungsmäßigkeit vor dem Bundesverfassungsgericht in Zukunft möglich. Im Falle einer Verfassungswidrigkeit der Hinzurechnungsnormen beträfe dies, nach Einschätzungen, 8 bis 10 % der Gewerbesteuer. Übertragen auf die IHK könnten – rückwirkend ab 2008 – Umlage-Beiträge in Höhe von TEUR 4.307 bis TEUR 5.384 betroffen sein. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses finanziellen Risikos wurde bei der Ermittlung der Rücklagendotierung auf unter 10 % herabgestuft.

Das Finanzamt Kassel hat in dem mit der IHK Kassel-Marburg geführten Einspruchsverfahren Ende 2016 eine Entscheidung getroffen. Nach bisheriger Auffassung des Finanzamtes begründete die Überlassung des Anzeigengeschäfts des IHK-Magazins „Wirtschaft Nordhessen“ an den herstellenden Verlag im Tausch gegen die Befreiung von den Druck- und Vertriebskosten einen Betrieb gewerblicher Art, den das Finanzamt rückwirkend ab 2007 der Besteuerung unterworfen hat. Nach einem Gespräch im Finanzamt Kassel mit der Hauptgeschäftsführung der IHK und dem Sachgebietsleiter des Finanzamtes im März 2016 hat das Finanzamt in Absprache mit der Oberfinanzdirektion Frankfurt im November 2016 seine Auffassung revidiert. Die Überlassung des Anzeigengeschäfts ist kein steuerpflichtiger Betrieb gewerblicher Art. Das Risiko von Steuernachzahlungen nebst Zinsen über den von der IHK bereits gebildeten Rückstellungen besteht nicht mehr. Im Jahresabschluss 2016 wurden die gebildeten Rückstellungen ertragswirksam aufgelöst und die an das Finanzamt bereits gezahlten Steuern noch vor Jahresende vom Finanzamt zurückgezahlt.

Aus heutiger Sicht ist zu erwarten, dass die am Markt erzielbaren Renditen auf dem niedrigeren Niveau der Vorjahre liegen werden, so dass die Zinserträge auf absehbare Zeit auf diesem niedrigen Niveau bleiben werden. Durch Endfälligkeiten von Finanzanlagen mit noch akzeptablen Renditen werden die Erträge aus den Finanzanlagen des Anlagevermögens stark sinken. Das Finanzmanagement richtet sich nach der im Oktober 2015 geänderten

Anlagenrichtlinie sowie den in § 23 Finanzstatut und den entsprechenden Ausführungen in den Richtlinien zum Finanzstatut getroffenen Festlegungen. Die Anlagerichtlinie soll u. a. ein Höchstmaß an Sicherheit und Transparenz sowie die jederzeitige Liquidität der IHK gewährleisten.

Die Abhängigkeit der finanziellen und wirtschaftlichen Situation von der konjunkturellen Lage im IHK-Bezirk birgt nicht nur die vorgenannten Risiken, sondern eröffnet der IHK auch Chancen. So sieht die IHK zusätzliche Ertragschancen durch die Ausweitung des Angebots der entgeltpflichtigen Dienstleistungen. Auch die in 2016 durchgeführte Anpassung der Aus- und Weiterbildungsgebühren auf einen Kostendeckungsgrad von 65 % soll in 2017 auf die Gebührentatbestände der Außenwirtschaft ausgeweitet werden.

Weitere Chancen sieht die IHK insbesondere in der zunehmenden Digitalisierung innerhalb der IHK und in den Mitgliedsunternehmen. Die damit verbundene Optimierung von Arbeits- und Geschäftsprozessen wird durch ein konsequentes Kostenmanagement sowie eine gezielte Personalpolitik ergänzt, um den aktuellen und zukünftigen Anforderungen als Unternehmensorganisation und kundenorientierter Dienstleister gerecht zu werden.

Weitere berichtspflichtige Risiken und Chancen sind nicht zu benennen

VI. Nachtragsbericht

Bis zur Fertigstellung des Jahresabschlusses wurden keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung verzeichnet, die das Ergebnis des Jahres 2016 berühren.

Kassel, 28. April 2017

Jörg Ludwig Jordan
Präsident

Sybille von Oberritz
Hauptgeschäftsführerin